Theaterkrach

Staatsoper — Staatsschauspielhaus — Kroll-Oper.

Die Kultur des Kapitalismus in seinem demokratischen Stadium ist ein Skandal, ein Hohn auf eine Kultur, die möglich wäre in einer Epoche der auf die Höhe getriebenen Technik, der Fortschritte der Mathematik, Physik, Chemie und Naturwissenschaften. Innerhalb dieser „Kultur" ist wieder ein Kulturskandal auf der Tagesordnung. Der Intendant der Staatsoper, Professor Max v. Schilling, ist vom preußischen Kultusminister Dr. Becker fristlos entlassen worden. Das wäre in der Epoche des sich rückwärtsbewegenden, sich selbstabbauenden Kapitalismus, wo Millionen Proletarier dem Verhungern nahe auf dem Pflaster liegen, nicht weiter sonderbar. Denn die Kunst des Kapitalismus ist Folge und Voraussetzung für diesen, Erwerbsquelle und Machtmittel, ein Ausdruck der Klassenscheidung, soweit sie dem Proletariat zugänglich ist, Verdummungsmittel der Massen, nach proletarischen Moralbegriffen Prostitution.

Schilling aber, der erste Kunstrepräsentant der Demokratischen Republik, genießt das uneingeschränkteste Vertrauen, den höchsten Ruf und das größte Ansehen aller Bevölkerungsschichten. Die gesamte Presse von „ganz rechts bis „ganz links" steht hinter ihm. Minister Dr. Becker fand vor einer Versammlung der Presse, in der er sich rechtfertigen wollte, die einmütigste Ablehnung. In einer Versammlung des Personals der Staatsoper stellte sich dieses geschlossen, von den ersten Künstlern bis zum letzten Statist, Heizer, Reinmachefrau, hinter den Intendanten gegen den Kultusminister. Der Referent Dr. Hensel, ein Mitarbeiter Schillings Rechtsvertreters, nannte das Vorgehen des Kultusministers perfid und verlogen!

Der Kultusminister bot dem Intendanten des staatlichen Schauspielhauses, Dr. Jeßner, die Intendantur (die künstlerische Leitung) der Staatsoper als Doppel-Amt an. Dr. Jeßner lehnte nicht nur ab, sondern quittierte mit der Niederlegung seines eigenen Amtes und steht im Begriff, nach Hamburg zu gehen. Auch das Personal des Schauspielhauses steht hinter Schillings.

Als wichtigster Grund für Schillings Hinauswurf wird vom Kultusminister angegeben, daß er zur Beratung des Etats für 1926/27 zu erscheinen sich geweigert habe. Schilling behauptet aber, daß er schon seit 3 Monaten auf wichtige Entscheidungen über den Etat für 1925 warte. Ferner wird Schillings vorgeworfen, daß er mit seiner Frau, der Sängerin Frau Kemp, einen zu günstigen Vertrag abgeschlossen habe. Die Sache liegt aber Jahre zurück, und wird nur als Vorwand angesehen. Als wahrer Grund wird angesehen, daß die kunstunsachverständigen monarchistischen Elemente und sozialdemokratischen Streber der treibende Keil sind. Schillings scheint beiden nicht reaktionär genug zu sein. Das liegt nicht aus dem Bereich der Möglichkeit, wenn man an die Blutsverwandschaft der Ebert, Noske, Severing mit den monarchistischen Generalen denkt. Der Vorwärts rückt nämlich von den beiden sozialdemokratischen Kunstgrößen Kestenberg und Seelig, die beide ihre Hände im Spiele haben, ganz unzweideutig ab. Ebenso die deutschnationale Presse von dem Wilhelm-Vertreter Geheimrat Winter von der Kroll-Oper.

Die Kroll-Oper scheint in Wirklichkeit eine Rolle bei der Entlassung Schillings zu spielen. Das Institut steht finanziell auf schwachen Füßen. Schilling war ein Gegner des viel zu großen Verwaltungsapparates, in dem sozialdemokratische und monarchistische Vetternwirtschaft herrscht. Die Kroll-Oper hat noch gewisse Verpflichtungen an die Volksbühne, die den dortigen sozialdemokratischen Vettern zugute kommt.

Dem Proletariat zeigt der Fall Schillings jedenfalls, daß es im Kapitalismus nichts festes gibt. Und wer sich noch so den Bedürfnissen und dem Geschmack der „Arbeitgeber" anpaßt, wer nicht pariert, fliegt. Mag er auch Gott sein in den Augen seiner Anbeter, in den Augen der ganzen Welt. Das Kapital ist immer noch Herr in seinem morschen Hause.

Die Unterhaltungskosten für Staatsoper und Staatsschauspielhaus zahlt die Republik aus den Steuern der Proletarier, um der Bourgeoisie Kunstgenüsse zu bieten. Den Krach bezahlt also das Proletariat, wie auch die auf beiden Seiten, durch Schilling wie durch Becker in einer Luderwirtschaft versauten Gelder. Schilling ist nicht nur Werkzeug der Bourgeoisie, sondern auch selbst Ausbeuter und Bedrücker. Die Solidarität der Proletarier mit ihm ist nicht weiter erschütternd. Es ist noch nicht so lange her, da waren die Proletarier auch in einer Einheitsfront mit Stinnes und den Ruhrmagnaten und vordem mit Ludendorff und Hindenburg.

•

Komische Oper und Apollo-Theater in Berlin. Neues Operetten-Theater in Leipzig.

Diese „Kunstinstitute" haben seit Monaten den Angestellten keine Gehälter gezahlt. Die Theater sind bankrott, wie andere Fabriken und Verkaufsgeschäfte auch. Sie haben sich länger halten können und produzieren und verkaufen ihre Waren auch heute noch, weil die Arbeiter derselben sich Künstler, etwas besseres wie andere Lohnarbeiter dünken, und sich mit Teilzahlungen, mit Bettelpfennigen begnügen. Es ist dies das „glänzende Elend", die „verschämte Armut".

Der Besitzer dieser Theater ist Herr James Klein. Die gesamte Presse von „ganz rechts" bis „ganz links" nennt ihn „Revuen-Direktor". Wir sehen hieran, daß die Presse ein ebenso kurzes Gedächtnis hat, wie die Proletarier. Es kann nicht schwer sein „Revuen-Direktor" zu werden. Nur Geld gehört dazu. Die nötige Brutalität, das nötige Gewissen, Arbeitskräfte und das Elend der Arbeiterklasse auszubeuten. Die gesamte Presse, die sich im Schimpfen über Herrn „James" Klein überbietet, verschweigt, woher Herr James Klein das Kapital zum Erwerb der Theater hatte.

Wir entsinnen uns, das den Berlinern (denen, die im Schieben nicht gewandt waren) während des Krieges „Käse" verkauft wurde. Kleine „Käschen" in schönen großen Packungen. Bei näherem Zusehen entpuppten sich die Käslein als geriebene Kartoffeln! Anfangs war etwas Molken (Abwässer der Käseherstellung) darin. Der Käsegestank stammte daher. Daher der Name. Zuerst wurden diese Käslein in einer kleinen Küche fabriziert, dann in einer Wohnung, dann in einem Hause, dann in mehreren Häusern. Die Fabrikation wuchs, je knapper die Molken, je größer die Hungersnot wurde. Als die Molken alle waren und die Hungersnot riesengroß, war aus der Küche eine Industrie geworden. Herr James Klein, der erst die Küche gemietet hatte, war der Industrielle. Aus einem Theater wurden mehrere Theater. Wie bei der „Käse"-Produktion. Die gesamte Presse verschweigt dies, wahrscheinlich, um nicht das Rezept zur „Käse"-Fabrikation und zum „Revuen-Direktor" zu verraten. Damit nicht jeder sein eigener „Käse"-Fabrikant und sein eigener Revuen-Direktor wird. Wer sollte noch ausgebeutet werden? Wer von der Dummheit leben? Wer noch Gewerkschaftsbesitzer sein?

Die Gewerkschaft der Bühnenarbeiter (die sich Künstler nennen), die „Deutsche Bühnengenossenschaft" ist nämlich mächtig hinter dem Gelde her. D. h. hinter den Löhnen ihrer Mitglieder, die alle von einigen Markscheinen ab bis an die 2000 zu bekommen haben. Sie haben Versammlungen abgehalten, beim Polizeipräsidenten protestiert, ihre Löhne haben sie dadurch noch nicht. Der Vorsitzende, d. h. der Besitzer dieser Gewerkschaft, der „Präsident der Deutschen Bühnengenossenschaft", Herr Gustav Rickelt, der alleine mit der Chose, d. h. mit der Kunst von James Klein Geld zu bekommen, Bescheid weiß, ist „verreist". Deshalb funktioniert diese Gewerkschaft jetzt nicht. Herr Rickelt ist aber auch Teilhaber des Herrn Klein! Die neueste Revue, die Herrn Klein und seinen Theatern endgültig das Genick brach, von „A bis Z", die ursprünglich vom „Paradies bis Hindenburg" heißen sollte, hat nämlich Herrn Rickelt als einen ihrer Väter. Er war auch dabei. Herr Rickelt behauptet allerdings, daß Herr Klein die „Revue" „bis zur Unkenntlichkeit entstellt" habe. Dies glauben wir, denn diese Behauptung strotzt von Gewerkschaftsgeist.

•

Ein verkrachter Varieté-Konzern.

Dieser, ein Varieté-Konzern, ist zusammengebrochen. Der Besitzer Vogel, in der „Varietéwelt" seit mehr als 20 Jahren bekannt, hatte zusammengeschlossen; Walhalla-Theater, Berlin; Tivoli-Theater, Hannover; Walhalla-Theater, Halle a. S.; Bellevue-Theater, Stettin; Thalia-Theater Elberfeld, u. a. Auch diese Kunstarbeiter haben seit Monaten keinen Lohn bekommen. Jeder hat hunderte Mark zu bekommen. Ihr Künstlerruf verbot es ihnen, Mittel anzuwenden, die den Kapitalisten gegenüber Erfolg haben, oder ihnen das Handwerk legen. Deshalb war es ihrem Künstlermagen möglich, von Bettelpfennigen zu leben, bei denen jeder andere Lohnarbeiter verhungert wäre.

Auch diese Künstler haben alles getan, was nach ihrer Meinung nötig war, bis zum Gerichtsvollzieher. Sie hatten sogar den Mut, in der Presse anzufragen, ob Herr Vogel das schwere Geld, daß doch allabendlich einlief, „im Zentralhotel bei Weib und Wein verpraßt" habe. Die Künstler hatten noch mehr Mut, sie arbeiteten ruhig weiter! Auch dann noch, als sie die Kündigung erhielten, und ihnen mitgeteilt wurde, daß Herr Vogel nicht mehr der Leiter des Konzerns ist. Nur bezüglich des Bezahlens wäre Herr Vogel die kompetente Stelle. Wir wissen nicht, ob die Herrschaften noch heute arbeiten. Wir nehmen es aber an, wenn sie irgend woher Almosen bekommen, und — noch nicht verhungert sind.

•

Verkrachte Kabaretts.

Zwei „vornehme" Wirtshäuser, in denen „vornehme" Bummler ihre überflüssigen Gelder zu versaufen pflegen, die Rakete und der Schwarze Kater, sind auch pleite. Das letztere wurde schon geschlossen, in dem ersteren arbeiten die Künstler noch. Erstens, weil sie Künstler sind, zweitens, weil sie seit Wochen keinen Lohn erhielten. Da es immer noch genügend Tagediebe gibt, die mit zweifelhaften Weibern bei zweifelhaftem Kitsch dort ihr Geld in Sekt anlegen, wollen die Künstler die Kneipe auf eigene Rechnung weiter zu betreiben versuchen.

•

Die Theaterkrachs sind ebenso Symptome des zusammenbrechenden Kapitalismus, als die schließenden Kohlenzechen, als die ausgeblasenen Hochöfen, als die sich vergrößernden Begräbnisstätten, als die Seuchen in den Krankenhäusern, die nicht nur Patienten, sondern auch Pflegepersonal und Aerzte um die Ecke bringen. Kultur und Kunst wird erst möglich sein, wenn das Proletariat die Profitwirtschaft beseitigt hat. Und in diesem Kampfe sollten die Künstler wenigstens nicht an ganz letzter Stelle stehen. Das Zusammengehen von „ganz rechts" bis „ganz links" beweist schon, das die heutige Kunst nur Kitsch ist. In einer Epoche, wo sich Kapital und Arbeit als Todfeinde gegenüber stehen, kann es keine Einheitsfront „von rechts bis links" geben.

Wirtschaft

Neue englische Schutzzölle

Das Ergebnis der deutsch-englischen Handelsvertrags-Verhandlungen.

In der KAZ. Nr. 93 zeigten wir es schon auf: „Wie man Handelsverträge abschließt." „England hält grundsätzlich an seinem Standpunkt fest, daß die Gegenseitigkeitsklausel neue Schutzzölle nicht ausschließt." Anders geht es eben nicht, die Existenz des einen kapitalistischen Staaten gründet sich nur auf der Konkurrenzunfähigkeit des anderen.

Nachdem die deutsche Handels-Delegation mit dem scheinbaren Einverständnis und dem „Garantieschein" des Handelsvertrages in der Tasche, nach Deutschland zurückgefahren ist, schlägt die für Industrieschutzgesetze eingesetzte Kommission der englischen Regierung folgende Abwehrmaßnahmen vor:

1. Kleinstahlerzeugnisse (sogenannte Solinger Stahlwaren), und zwar: alle Arten von Messern, ganz oder teilweise aus Stahl mit Ausnahme medizinischer Messer und Messer zur Verwendung in Maschinen, Scheren, Sicherheitsrasierapparate und Teile davon, Rasiermesser, Gabeln und Messer, Schleifapparate.

Für alle diese Artikel schlägt die Kommission einen Wertzoll von 33⅓ Prozent auf mindestens für Jahre vor.

2. Lederhandschuhe, Baumwollhandschuhe u. Halbfabrikate.

Auch hier schlägt die Kommission 33⅓ Prozent Zoll für mindestens fünf Jahre vor.

3. Pack- und Einwickelpapier.

Mit einzelnen Ausnahmen werden 17½ Prozent Zoll beantragt.

4. Gasglühstrümpfe.

Je Dutzend sollen 50 Pfennig Zoll erhoben werden. Dagegen unterstützt die Kommission nicht die von den beteiligten Industrien gestellten Anträge auf Einführung von Zöllen auf Aluminiumwaren, Handschuhe aus Seide oder Kunstseide und Gewebe zur Handschuhfabrikation. Der Bericht über die Bürstenindustrie ist noch nicht ausgegeben.

Eine nette Bescherung für den deutschen Außenhandel der geglaubt hat, in England durch den neuen Handelsvertrag etwas zu gewinnen, um die Krise in der Stahl und Textilindustrie zu beheben. Die DAZ. schreibt: „Der „Geist von Locarno" ist bei den Wirtschaftsverhandlungen plötzlich verloren gegangen.

Gewerkschaftliches

Das Ende der gewerkschaftlichen Lohnpolitik

Wie sich die KPD. mit ihrer Gewerkschaftspolitik selbst ins Gesicht schlägt, besagen folgende Meldungen der „Roten Fahne" vom 29. November:

In der Metallbranche wurde für die Angestellten am 9. September 1925 ein neuer Gehaltstarif durch Schiedsspruch aufgestellt und für verbindlich erklärt. So gering nun die Zuschläge gegenüber der Teuerung sind, versuchen doch die Unternehmer, sich von der Pflicht, diese Zuschläge zu zahlen, zu drücken. Bei der Firma Telefunken, Gesellschaft für drahtlose Telegraphie, Berlin, Hallesches Ufer 12-13, ruft der Personalchef die Angestellten einzeln zu sich und erklärt ihnen: „Sie wissen daß wir Ihnen ab 1. September die Zulage zahlen müssen. **Wenn Sie darauf bestehen, dann sehen wir uns veranlaßt, Sie am nächsten Ersten zu kündigen.** Wir stellen Sie zwar wieder ein, aber auf einen minderwertigen Platz zu einem niedrigeren Gehalt. Wir erwarten noch heute, spätestens bis Büroschluß, **Ihre Unterschrift, daß Sie mit dem Gehalt, was Sie bis jetzt bezogen haben, zufrieden sind.**

Die Angestellten unterschreiben, weil sie sonst entweder entlassen, oder ihr kärgliches Gehalt noch mehr verkürzt bekommen. Die Unternehmer können sich diese Frechheit auch nur ja erlauben, wo die Angestelltenschaft nicht in den freien Gewerkschaften organisiert ist. Bei einer gut organisierten Angestelltenschaft würde der Unternehmer zweifellos eine Abfuhr erhalten."

Wie etwa? (Red. KAZ.)

Was fordert der ADGB. für die Arbeitslosen?

Im sozialpolitischen Ausschuß gab Dr. Weigert im Auftrag des Arbeitsministers einen Bericht vom Ausschuß des Verwaltungsrates der Reichsarbeitsverwaltung. Danach

„könnten die Beratungen kein Ergebnis haben, weil er auch da die Auffassung der Regierung mitgeteilt habe, daß erst die neue Regierung bei der Aufstellung ihres Wirtschaftsprogramms Vorschläge für die Erwerbslosen machen könne. Die allgemeine Auffassung war, daß eine Erhöhung von 50 Prozent notwendig sei, ebenso eine Besserstellung der Ledigen.

Die Gewerkschaftsvertreter hätten aber auch mit Rücksicht darauf daß man Arbeitgebern und Arbeitnehmern keine höheren Beiträge zumuten könne, sich für eine Erhöhung um 30 Prozent ausgesprochen. Eine Erhöhung um 100 Prozent, wie sie die Kommunisten fordern, sei ausgeschlossen. Zur Kurzarbeiterunterstützung hätten sich die Gewerkschaften ihre Stellungnahme noch vorbehalten."

Kommentar ist eigentlich überflüssig, wir lassen darum die ohnmächtige Entschuldigung der „R. F." auf diese letzte Notiz folgen:

Diese Erklärung mutet uns sonderbar an. Wir nehmen vorläufig an, daß es keine freigewerkschaftlichen Vertreter waren, die sich mit einer 30 prozentigen Erhöhung begnügten. Wir erwarten aber, daß sich die ADGB.- und Afa-Vertreter zu dieser Aeußerung des Regierungsvertreters äußern.

Das wichtigste aber ist, daß der ADGB. sofort erklärt, welche konkreten Forderungen er gestellt hat.

Die unerfüllbaren Sklavenlöhne

Stillegung der „Hanomag".

Auf Beschluß der Leitung der „Hannoverschen Maschinenbau A.-G." im Einverständnis mit dem Arbeitgeberverband wird der Betrieb der „Hanomag" ab morgen stillgelegt. Verursacht wird diese rücksichtslose Maßnahme angeblich durch Lohnforderungen der Arbeiter, die nach Angabe der Werkleitung angesichts der allgemeinen Wirtschaftslage unerfüllbar sind. In Wirklichkeit sollten die Löhne um 10—25 Pfg. pro Stunde gekürzt werden, wogegen die Arbeiter des Betriebes nach gewerkschaftlicher Art Protest erhoben. Durch die Stillegung dieses Werkes werden rund 6000 Arbeiter arbeitslos.

Was nun? Das Kapital nimmt auf Proteste keine Rücksicht mehr. Verstehen es die Proletarier immer noch nicht, aus dieser kapitalistischen Rücksichtslosigkeit die Konsequenzen für die gesamte Arbeiterklasse zu ziehen? Es gibt nur eine Konsequenz, die sich dem entgegenstellen kann: Den rücksichtslosen Kampf der Arbeiterklasse gegen den gesamten Kapitalismus. Die Eroberung der politischen Macht im Staat und im Betrieb. Die Aufrichtung der proletarischen Diktatur. Die Verwirklichung des Kommunismus.

Die Regelung der Löhne im niederschlesischen Bergbau.

Die Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium über den von den Arbeitgebern abgelehnten Schiedsspruch im niederschlesischen Bergbau, der eine Erhöhung von 7 Prozent auf die bisherigen Effektivlöhne vorsah, haben zu dem Ergebnis geführt, daß weitere Verhandlungen so lange zu vertagen sind, bis sich die Auswirkungen der für das Reich eingeleiteten Hilfsmaßnahmen übersehen lassen.

Dann! — aber wann? ja dann — warte noch ein Weilchen, — dann wird's besser werden! Der Zeit sind keine Schranken gesetzt. — Wann wird die Arbeiterklasse dem ein Ende machen?

Mitteilungen

16. Unterbezirk (Cöpenick). Donnerstag, den 3. Dezember Mitglieder-Versammlung Rudower Straße 21. — Die Genossen müssen vollzählig erscheinen.

•

Achtung Arbeitsausschuß von Partei und Union.

Entgegen anderslautenden Mitteilungen findet am Freitag, den 4. Dezember, in der Schule Gipsstraße 23, abends 7 Uhr, eine kombinierte Sitzung beider Arbeitsausschüsse von Partei und Union statt.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Otto Scherneil-Berlin. Gedruckt in der Buchdruckerei Willy Iszdonat, Berlin O 17, Langestr. 78.

Das beste Geschenk ist ein gutes Buch

Genossen! Deckt euren Bedarf in eurer Buchhandlung!

Wir führen am Lager:

Kommunistische, sozialistische, wissenschaftliche und schöngeistige Literatur. Sozialpolitische und naturwissenschaftliche Schriften

Romane — Erzählungen

Buchhandlung für Arbeiter-Literatur

Berlin O 17 — Warschauer Straße 49

6. Jahrg. Nr. 96

Preis 0,15 Mk

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei und im Straßenhandel. — Inserate werden nicht aufgenommen.

Dezember 1925

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 490 29 (Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 49)

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post: Halbmonatlich die im Kopf der Zeitung angegebenen Preise. Zahlung bis 5. beziehungsweise 20. jeden Monats.

Was ist vom 9. November übrig?

Kein Schornstein raucht ohne Profit — Die Monarchen bekommen ihr Eigentum zurück — Die Proleten erhalten den „Frieden von Locarno"

„Der soziale Inhalt der Republik, über den man so viel spricht und leitartikelt, sind die 30 Millionen der Hohenzollern, die verschiedenen den andern deutschen Fürsten geschenkten Summen und die Pension der früheren Marschälle und Generäle. Die Leute kosten erheblich mehr, als wenn sie regieren würden, ihr Einfluß ist auch nicht viel geringer geworden, und das alles zusammen nennt man Republik.

Im Reichstag wird dieser Skandal zur Sprache kommen; die Demokraten werden, wie es sich für anständige Oppositionelle geziemt, den Verdiensten der Fürsten ums Reich die gebührende Achtung schenken, die Rechte wird salutieren, die Linke wird eine Rede vom Menschenrecht vor Fürstenthronen halten, und Wilhelm II. wird kassieren.

Mit einer Parlamentsrede und mit einem Leitartikel ist aber hier nicht zu helfen. Wenn man so viel von republikanischer Einheitsfront spricht, so wäre hier die Gelegenheit, das Land, d. h. Millionen Menschen, die keine 30 Millionen zu erwarten haben, gegen diese Schmach zu mobilisieren und sie auf die Straßen zu führen. Das aber wird nicht geschehen.

Warum?

Man hat vergessen, an der Wiege der deutschen Republik die Guillotine aufzustellen. Diese Vergeßlichkeit kostet jetzt 30 Millionen."

So spricht der größte Konjunkturpolitiker der SPD., Paul Levi, in seiner „Politik und Wirtschaft" am 26. November auf der letzten Seite, mit S. M. H. unterzeichnet. Er verhöhnt das deutsche Proletariat, dem diese Renegaten der Arbeiterklasse, deren spielloser Verrat leuchtende Blüten schießt, scheuen sich nicht, neben den krassesten Farben der Wirklichkeit, die sie Schritt für Schritt selbst aufbauten, die neuen Fahnen des „Friedens von Locarno" zu schwenken. Sie schrecken nicht davor zurück, — obwohl Scheidemann sich dessen rühmte: **„Ich bin stolz darauf, Deutschland vor der proletarischen Revolution bewahrt zu haben!"** — sich morgen wieder an die Spitze des Proletariats zu stellen, um es in neue Illusionen, in Katastrophen hineinzuführen. Die KPD. und Paul Levi bilden die beste Brücke zwischen den „revolutionären" KPD.-Illusionen und dem bewußten Verrat der Scheidemann, Wels, Noske u. Co., den bewährten Führern der SPD. und der Gewerkschaften. Nie trat der Verrat dieser „Arbeiterführer" und der Wert der 1918 errungenen Republik deutlicher in allen Farben zu Tage als augenblicklich. Von allen Seiten zeigt sich diese „Errungenschaft" des Etappenweges der SPD. und KPD. —

Was ist letzten Endes von der Novemberverheißung des deutschen Proletariats noch übrig geblieben?

So fragen wir uns, denn die Republik fühlt sich heute veranlaßt, ihren entthronten Monarchen verstaatlichtes „Eigentum" wieder zurückzugeben. Die Bourgeoisie lacht, denn ein schöneres Siegel konnte den Dolchstoßprozeß nicht schmücken. Der Wille der feudalen Aristokratie in Deutschland wird im Parlament gerechtfertigt. Ohne Widerspruch erhalten die Fürsten und Könige ihren Besitz aus den Händen der Staats- und Reichsregierung zurück, und was dem Staat zurückbleibt, wird im rechtmäßigen Kauf für Millionen erworben. So wird das Urteil, das die feudale Militärkamarilla in München gegen das letzte Stückchen der „Novembererrungenschaft" fällen wollte, auf einem stilleren Wege viel treffender erledigt. Man nennt es rechtmäßigen Vergleich, und die preußische Staatsregierung und der Reichstag geben dazu ihre Zustimmung. So spricht die parlamentarische Demokratie, und das ohnmächtige Gekläff der SPD. gegen diese Ungerechtigkeit bleibt der Hohn für das Proletariat, das aktionsunfähig diszipliniert beiseite steht und nicht begreift, was mit seiner Novemberrevolution geschieht.

Einige Schlösser (das Palais Kaiser Wilhelms I. und das langebaute. Die Schriftl.] Niederländische Palais, Bellevue und Babelsberg), einzelne Hausgrundstücke, das Gebrauchsmobiliar und den Familienschmuck, den restlichen Land- und Forstbesitz (rund 250 000 Morgen) und 30 Millionen R.-M. Diese 30 Millionen entsprechen etwa dem Werte des dem Staate zufallenden Grundbesitzes (Güter, Forsten und Naturdenkmäler).

So sieht das Entgelt aus, das die Hohenzollernkrone mit dem Präsidentenstuhl des obersten Leibdieners des Exkaisers, Hindenburg, vertauscht. Nichts erinnert daran, daß sein Vorgänger einer der „bewährten „Führer" der SPD. war. Auch nicht ein Atom hat sich durch diesen Wechsel geändert. Und wie sieht's in diesem Tempel, dem Heiligtum der Sozialdemokratie aus?

Elend grinst aus allen Ecken, und die kapitalistische Reaktion führt unter dem Schutze der gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Helfershelfer einen Schlag nach dem andern gegen die Arbeiterklasse. Der Kapitalismus herrscht wie vor dem 9. November, nur noch brutaler und rücksichtsloser. Er verhöhnt das Proletariat mit seinen Aufbauversuchen, während SPD. und KPD. eine Illusion nach der anderen an die „Errungenschaften" der Republik knüpfen. Mit gesteigerter Ausbeutung und einer ständigen Vergrößerung des Arbeitslosenelends offenbart er den Existenzkampf, die Krise in seinem morschen Gebäude. Das Proletariat muß hungern und frieren, denn

ohne Profit raucht kein Schornstein.

Ueber eine Million Proletarier liegen auf der Straße. Ein Schornstein nach dem anderen muß weiterhin ausruhen, denn nirgends zeigt sich ein Ausweg aus dieser Krise; das Profitsystem ist am Ende seines Lateins. Es macht die angestrengtesten Versuche, über dieses Chaos hinwegzukommen, jedoch jeder Versuch wird ein Schlag gegen die Arbeiterklasse, die wie geistesabwesend diesem Spiel zuschaut, ohne sich auf die eigene Kraft zu besinnen.

Eine Beruhigungspille nach der andern wird ihr eingepfropft. Wo sich die steigende Arbeitslosigkeit, der Hunger, in einer revolutionären Welle zur Gefahr auswächst, stehen SPD. und KPD. mit allen Mitteln bereit, die Wellen zu brechen. **Die Republik ist die Grundlage der Ablenkungsmanöver dieser Sklaverei.** Ein Antrag nach dem andern wird im Parlament gestellt, mit dessen Hilfe man Verbesserungen der Lage verspricht. 30 Proz. Erwerbslosenzulage sind durch den Reichstag bewilligt worden. Die KPD. hatte 100 Proz., die SPD. 50 Proz. gefordert, sie nehmen „mit den Spatzen in der Hand" vorlieb. Wärmehallen werden eingerichtet, um die halbverhungerten Proleten aufzufrischen. Des weiteren verspricht man Notstandsarbeiten in Hülle und Fülle. — Billiges Sklavenmaterial! — **Den Stimmzettel, Volksentscheid, fordert die KPD. zur Enteignung der Fürstenhäuser!**

Darüber hinaus hat sich ja alles mit neuen Friedenspalmen geschmückt. „Frieden in Europa", wie die SPD. sagt. Locarno, das neue Weihnachtsgeschenk für die Arbeiterklasse. Eine neue „Errungenschaft" der sozialdemokratischen Politik. Die kalte Sonne, die den verhungerten und halberfrorenen Proletariern mit ihren Illusionen, mit den Versprechungen von Arbeitsmöglichkeiten, die Augen blendet, daß sie nicht sehen, wie sich der weiße Tod in ihren Reihen, die Krise des Kapitalismus, bemerkbar macht. Locarno ist unterzeichnet, doch von einer Verbesserung der Wirtschaftslage, von einem Einfluß dieses Pakts auf die Krise kann noch keine Rede sein. Frankreichs Inflation geht ebenso wie die polnische weiter. Deutschlands Absatzstockung wie die englische hat selbst durch den neuen Handelsvertrag keine Lösung gefunden. Neue Zollschranken sperren die Wege zum Weltmarkt. Die Arbeitslosigkeit steigt in England, in Deutschland, Oesterreich, Polen, Italien usw. immerfort. Der Winter fügt das übrige dazu bei. Die Arbeiterklasse steht vor der notwendigen Aufgabe, das Schicksal selbst in die Hand zu nehmen. Hunger und Elend mahnen zum entscheidenden Schlag, zur entscheidenden proletarischen Revolution. All die „Errungenschaften" des 9. November zeigen dem Proletariat einen neuen Weg. Der Drachen der Reaktion zeigt uns seine tausend Köpfe. Diese Reaktion zeigt, daß sich das Proletariat als geschlossene Macht gegen den Staat im republikanischen Gewande aufzurichten hat, und gleichzeitig gegen das System der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Die Flammen der direkten und indirekten Reaktion sagen der Arbeiterklasse klar und deutlich, **daß sie 1918 vergessen hat, nicht nur für die Monarchen und die reaktionäre Bourgeoisie, sondern auch für ihre verschiedenen Henkersknechte aus den Reihen der Sozialdemokratie und der Gewerkschaftsbürokratie Galgenbäume zu errichten.**

Schein und Wirklichkeit im „roten" Rußland

Schon oftmals ist in den Spalten der „KAZ." mit den Uebertreibungen und Schiefheiten der „Rußlandfahrer", Arbeiterdelegationen und KPD.-Parlamentarier über die Zustände und Verhältnisse im bolschewistischen Rußland abgerechnet worden. Doch damit hören die Glorifizierungen des russischen „Paradieses" nicht auf. Unentwegt und methodisch wird durch die Sowjetbürokratie versucht, mit Hilfe von Arbeiterdelegationen, Gelehrtenkongressen usw. in West- und Mitteleuropa besonders die Arbeiterklasse vor den Karren der russischen Staatspolitik zu spannen und sie durch die Exekutive der 3. Internationale sowie deren Sektionen, den „kommunistischen" Parteien, mit Trickparolen zu füttern. Jedes, auch das geringfügigste Ereignis ist der Sowjetdiplomatie mit ihrem Anhang gut genug, um daraus für sich Kapital zu schlagen, während dem Proletariat die wirklichen Ereignisse und Vorgänge im bolschewistischen Rußland dadurch verschleiert werden. Es ist aber die Aufgabe des revolutionären Proletariats, sich nicht nur von Gefühlen leiten und betäuben zu lassen, sondern, fest in der Gegenwart stehend, den wirklichen Tatsachen ins Auge zu schauen, sie kritisch zu untersuchen und sich Klarheit über die seine Klassenlage betreffenden Dinge zu verschaffen.

Ein kurzer kritischer Rückblick über die letzten innen- und außenpolitischen sowie wirtschaftlichen Vorgänge der Sowjetunion ist zur reinlichen Scheidung von Schein und Wirklichkeit im „roten" Rußland für das revolutionäre Proletariat Deutschlands in seiner jetzigen schweren krisenhaften wirtschaftlichen Lage durchaus notwendig. Zurzeit weilen zwei maßgebende russische Volkskommissare in europäischen Hauptstädten, fern von Moskau, und zwar Lunatscharski in Berlin und Tschitscherin in Paris. Der letztere, der „rote Diplomat" als Leiter der russischen Außenpolitik, hat nacheinander die Hauptstädte Warschau, Berlin und Paris besucht, um dort mit den maßgebenden bürgerlich-kapitalistischen Staatslenkern, Ministern und Präsidenten, über eine Verständigungspolitik mit dem russischen Neo-Imperialismus zu konferieren und den Boden für die endgültige Regelung des außenpolitischen Freundschaftsverhältnisses Rußlands zu den maßgebenden kapitalistischen Staaten Europas günstig zu gestalten. Dieselbe Aufgabe hat Tschitscherin noch in London zu erledigen, wohin er sich demnächst begeben wird. Trotz seiner Entrüstung über den Locarno-Pakt ist der russische „Arbeiterstaat" gezwungen, durch seine kapitalistischen, wirtschaftlichen Verhältnisse, nicht nur Handelsverträge mit allen kapitalistischen Ländern abzuschließen, sondern auch, um der rettungslosen Isolierung zu entgehen, mit den alten kapitalistischen Staaten, in denen die Bourgeoisie als herrschende Klasse am Ruder ist, zu einem modus vivendi (Nebeneinanderleben) zu gelangen. Die am 7. November in der Berliner russischen Botschaft stattgefundene „Feier" zur Erinnerung an die achte Wiederkehr des 7. November 1917 demonstrierte durch die Anwesenheit der etwa 700 internationalen Gäste aus diplomatischen, aristokratischen und großbürgerlichen Kreisen augenfällig dem Proletariat das Doppelgesicht des angeblichen „Arbeiterstaates", der von der scheinkommunistischen Intelligenz im Auftrage der nicht kommunistischen Bauern beherrscht wird. Diese Salonrevolutionäre gaben dieses „Sowjetfest" vereint mit den politischen, wirtschaftlichen und militärischen Führern der internationalen Reaktion zu derselben Zeit, als in den Kerkern von dieser Tausende von Proletariern wegen politische Taten für die Befreiung der Arbeiterklasse gefangen gehalten und gemordet wurden.

Auf derselben Linie liegt das freundschaftliche Verhältnis der Moskauer Machthaber zur Regierung des Faschistenhäuptlings Mussolini, das so glänzend ist, daß die Sowjetpresse die Gewalttaten gegen die italienischen Parlamentskommunisten in der Kammer nicht veröffentlichen durfte, während es sich der Reaktionär General v. Seeckt nicht nehmen ließ, der russischen Regierung sein Beileid aus Anlaß des Todes des Volkskommissars für den Krieg Frunse eigenhändig auszudrücken. Und

erst unlängst hat der russische Geschäftsträger in London dem englischen König im Auftrag der russischen Regierung zum Tode seiner Mutter kondoliert. Das in demselben Augenblick, in dem die Moskauer kommunistische Presse England wegen des Zustandebringens des Locarno-Pakts ein „Gott strafe England!" als die Ausgeburt alles Bösen gewünscht hatte.

Alle diese Vorgänge beweisen dem kritisch eingestellten, denkenden Proletarier, daß das Rußland von 1925 nicht mehr das von 1917 ist, und daß die Politik der deutschen Sektion der Komintern, die jetzt trotzdem unbesehen wie früher in allen Dingen die Moskauer Parolen befolgt, geradezu verhängnisvoll für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse West- und Mitteleuropas geworden ist und weiter wird. Am krassesten und deutlichsten zeigte sich diese Unfähigkeit zu selbstständigem Denken und Urteilen wieder bei der Beratung des russischen Handelsvertrags im Reichstag am 1. Dezember. Der Parlamentskommunist Stöcker führte dabei u. a. aus:

„Die Entwicklung in Rußland zeigt den Arbeitermassen der ganzen Welt, daß man das Wirtschaftsleben eines Landes auch ohne Kapitalisten nur durch die Arbeiter, Angestellten und Beamten aufbauen und leiten kann.

Sind doch in Rußland alle Unternehmungen ausschließlich in den Händen der Arbeiterklasse. So ist die Entwicklung des Wirtschaftslebens in Sowjetrußland auch ein glänzendes Beweismittel für die Richtigkeit der sozialistischen Idee, der sozialistischen Produktionsmethode."

Eine nähere Betrachtung und Untersuchung des gegenwärtigen russischen Wirtschaftslebens und seiner Vergangenheit seit 1921 offenbart die gefährliche, geradezu verbrecherische Unwahrheit dieser Sätze, wie seiner Behauptungen von der **„Diktatur der Arbeiterklasse"** und der **„Sozialisierung, die die russischen Arbeiter tatsächlich durchgeführt haben"**. Es läßt sich im Rahmen dieses Artikels nur folgendes dazu feststellen.

Die russische Revolution brachte 1917 den Bauern, die 85 Prozent der Bevölkerung ausmachen, Verteilung des Bodens und Privateigentum, während die 2—3 Proz. industriellen Proletarier damals den Kommunismus wollten. Diese Revolution hatte also einen doppelten Charakter: teilweise proletarisch, teilweise bäuerlich-demokratisch. Durch die Bodenverteilung an die Bauern waren dem Kapitalismus in Rußland von Anfang an die Wege geebnet, wenn nicht die Weltrevolution zu Hilfe kam. Da diese letztere nicht eintrat, mußten die Bolschewiki, die die Staatsmacht besaßen, die Konsequenzen aus der Tatsache ziehen und solche wirtschaftlichen Maßnahmen treffen, die im Sinne der bäuerlichen Bodenbesitzer lagen: das seit 1921 eingeführte neue ökonomische System (Nep-System), das den Bauern die Verkaufsfreiheit ihrer Produkte gab und den privaten Handel schuf. Anfang dieses Jahres wurde mit der Einführung der „Neo-Nep" dieser Weg weiter begangen, also der Kapitalismus weiter befestigt, ohne ein einfacher Abklatsch des westeuropäischen zu werden. Bezeichnend ist hierfür der Bericht der englischen Gewerkschaftsdelegation, die im Herbst 1924 in Rußland weilte. In der Einleitung zum Bericht wird ausgeführt:

„Obgleich die russischen Kommunisten selbst jede Andeutung zurückweisen, daß eine Aenderung in den Grundprinzipien ihres politischen Glaubensbekenntnisses oder etwas Weitgehenderes als ein vorübergehender taktischer Rückzug vollzogen worden sei, daß das gegenwärtige kommunistische System auf dem Wege komplizierter Kompromisse einen Punkt erreicht hat, der nicht mehr Kommunismus ist, sondern am besten als eine Form des Staatssozialismus ... oder Staatskapitalismus bezeichnet werden kann." (S. 37.)

Im Abschnitt „Truste und Syndikate" führt die Delegation aus:

„Die neue ökonomische Politik stellte nicht nur die grundlegenden Rechte des Privatunternehmers wieder her, sondern schuf einen Ueberbau von Trusten, Syndikaten und Banken, der dem Ueberbau in anderen Ländern einigermaßen ähnelt. Diese Truste, Syndikate und Banken wurden in Rußland als staatliche Organisation aufgebaut, sie haben eigene Verwaltung und müssen sich selbst finanzieren."

So sieht das nach Stöckers Ausführungen „ohne Kapitalisten" aufgebaute und geleitete Wirtschaftsleben Rußlands in englischem Lichte aus. Es ist Staatskapitalismus, der dort in vollendeter Art und Weise herrscht, der Konzessionen an ausländische Kapitalisten zum Zwecke der Kapitalbeschaffung vergibt, direkte und indirekte Steuern erhebt und seit 1922 über eine Staatsbank mit 268 Mill. Rubel Kapital in Devisen und Edelmetall verfügt. Erwähnt sei u. a. noch, daß der Konzessions-Vertrag zwischen der amerikanischen Firma Harriman u. Co. und der Sowjetregierung diesem Konzern 20 Jahre lang die Ausbeutung eines der reichsten Manganfelder der Welt gegen eine Pacht von 3,2 Millionen Dollar jährlich (insgesamt also 64 Mill. Dollar) sichert.

Der Aufbau einer Wirtschaft „ohne Kapitalisten" ist also im angeblichen „Arbeiterstaat" Rußland nur eine Phrase für gläubige Arbeiter, solange die Voraussetzungen fehlen, die für eine proletarische Wirtschaft in Deutschland, England und den Vereinigten Staaten mit ihrem industriellen Proletariat und der hochentwickelten Industrie bereits objektiv vorhanden sind.

Die Kommunistische Arbeiter-Partei propagiert darum im Gegensatz zu den Moskauer Parolen wie: „Einheitsfront", „Eintritt in die Amsterdamer Internationale" usw., die nur „kommunistische" Schlagworte zugunsten der russischen Staatspolitiker und ihrer Verständigung mit der Weltbourgeoisie bilden, in allen Ländern den rücksichtslosen Klassenkampf, Stärkung und Klärung des proletarischen Klassenbewußtseins, ohne das eine wirkliche proletarische Revolution nicht durchgeführt werden kann.

Die Wirklichkeit der russischen Verhältnisse, innen- und außenpolitisch sowie wirtschaftlich, zeigt also deutlich, daß die nichtkommunistischen russischen Bauernmassen und ihre Regierung kein Interesse mehr an einer revolutionären Umwälzung in Deutschland und Westeuropa haben, sobald ihr Eigentum seitens der kapitalistischen Staaten anerkannt wird. Aus diesen Erfahrungen heraus müssen die Proletarier Deutschlands (einschließlich der der KPD.) erkennen, daß eine proletarische Revolution in Deutschland und Westeuropa jetzt durchaus nicht auf eine Unterstützung durch das gegenwärtige Rußland rechnen darf.

Politische Rundschau

Weißer Schrecken

Immer neue Massenverfolgungen in Polen.

(Imprekorr. Moskau, den 19. November 1925.)

In Warschau sind in der letzten Zeit wieder Massenverhaftungen und Haussuchungen vorgenommen worden. Es sind ungefähr 150 Mann verhaftet worden. Nach den Zeitungsmeldungen befinden sich unter den Verhafteten acht, die der angeblichen Zugehörigkeit zur Kommunistischen Partei Polens verdächtigt werden. Außerdem sind in Verbindung mit dem achten Jahrestag der Oktoberrevolution und dem zweiten des Krakauer Aufstandes in Krakau und in vielen anderen Städten Polens zahlreiche Kommunistenverhaftungen vorgenommen worden.

Aus dem westlichen Weißrußland wird mitgeteilt, daß in diesen Tagen in Nowogrudok der Prozeß gegen das Komitee der Kommunistischen Jugend in Baranowitschi verhandelt wurde. Von den Angeklagten haben sieben Knaben eine Gefängnisstrafe von über zehn Monaten erhalten. „Die Mehrzahl der Angeklagten ist so jung, daß das Gericht sich nicht entschloß, sie zu verurteilen. Nur weitere drei wurden zu je drei Jahren Gefängnis verurteilt. Die übrigen Angeklagten wurden freigelassen.

In der Ortschaft Glubokoje des Disnaer Kreises hat der Prozeß gegen die 20 Bauernpartisanen, die seit Anfang des Jahres 1923 in Untersuchungshaft sitzen, begonnen.

Wie kann man diese Nachrichten der Imprekorr verstehen, wenn man sieht, daß der sowjetrussische Diplomat Tschitscherin alle Reaktion in Polen übersieht, und mit der reaktionären Bourgeoisie freundschaftliche Feste feiert. — Natürlich tritt hierbei alles in den Hintergrund, denn es handelt sich im Interesse „Sowjetrußlands". Prinzipien spielen keine Rolle, denn heute ist Leninismus, was früher in der revolutionären Periode selbst für Lenin prinzipiell als Konterrevolutionär galt, als er schrieb:

„Das siegreiche Proletariat eines Landes muß, nachdem es seine Kapitalisten expropriiert und seine sozialistische Produktion organisiert hat, sich gegen die übrige kapitalistische Welt erheben und nötigenfalls sogar mit Kriegsgewalt gegen die ausbeuterischen Klassen und deren Staaten vorgehen (das siegreiche Proletariat darf also keinen Bund mit den Kapitalisten anderer Staaten schließen. Die politische und wirtschaftliche Form der Gesellschaft, in der das Proletariat herrscht, wird immer mehr die Kräfte des Proletariats zusammenfassen zum Kampf gegen die Staaten, die noch nicht zum Sozialismus vorgedrungen sind."

Ein weiteres Kommentar ist überflüssig, denn die Proletarier müssen aus solchen Offenheiten selbst die Schlüsse ziehen, um gerade Wege zum Ziel zu finden und zu gehen.

Das Todesurteil der Fememörder rechtskräftig.

Wie erinnerlich waren in dem Schweriner Fememordprozeß wegen Ermordung des angeblichen kommunistischen Spitzel Holz die vier Hauptangeklagten Natzon, Kalla, Schoeler und Liczka zum Tode verurteilt worden.

Die ersten drei der Angeklagten hatten beim Reichsgericht Berufung eingelegt. Sie wurden jedoch nun nach dem Entscheid des Reichsgerichts abgewiesen, wodurch das Urteil rechtskräftig wird. Eins steht ihnen noch offen: die Gnade ihres General Feldmarschalls, der den Thron der deutschen Republik inne hat. Vielleicht läßt der seine Schäflein nicht im Stich, nachdem die deutsche Justiz nicht mehr umhin konnte, gegen ihre eigenen Schützlinge das Urteil zu bestätigen.

Aufwärmestuben für halbverhungerte Proleten

Nachfolgende Meldung wird, für die KPD. ganz selbstverständlich, in der „Roten Fahne" vom 29. November ohne jeden Kommentar abgedruckt:

Wärmestuben im Verwaltungsbezirk Treptow.

Am Montag, den 30. November, nachmittags 2 Uhr, wird das im Gebäude der Ortsamtsstelle Oberschöneweide, Luisenstraße 33 und am Mittwoch, den 2. Dezember, nachmittags 2 Uhr, das im Vorraum der Säuglingsfürsorgestelle in Alt-Glienicke, Wilhelmstraße 1, eingerichtete Tagesheim für Erwachsene (warme Stube) in Betrieb genommen. Der Eröffnung wird **eine kleine Feier** vorangehen. Beide Heime werden werktäglich von 2—7 Uhr geöffnet sein.

Diese paar Zeilen sind genug, um ein ganzes Programm zu charakterisieren. Es sind die Mittel, mit denen man die Verelendung des Proletariats in die Länge zieht, mit denen man den revolutionären Gärstoff, den der kapitalistische Zersetzungsprozeß hervorbringt, ersticken will. Gewerkschaftliche Mittel sind es, zu denen auch die KPD. ihre Anerkennung gibt. Ist es nicht geradezu eine Provokation der bürgerlichen Gesellschaft. Wegen der Dummheit und der gewerkschaftlichen Passivität werden den halbverhungerten Proletariern Wärmehallen und Särge gratis geliefert. Und ist es nicht geradezu ein gemeiner Hohn, diese Stätten des Elends mit einer Feier zu eröffnen. So etwas hinzunehmen, ohne die Stimme zum Klassenhaß zu erheben, dazu gehört schon ein gewisser Teil Prinzipienlosigkeit und katastrophaler Passivität gegenüber der gesamten kapitalistischen Gesellschaftsordnung.

„Die neue Großmacht"

Unter diesem großspurigen Titel rollt z. Z. ein Film von der internationalen Arbeiter-Olympiade in Frankfurt. Was die Filmphotographie bringt, ist guter Durchschnitt. In sehr interessanter Weise wird die Zeitlupe eingeschaltet, um einige der beachtenswertesten sportlichen Leistungen in ihren Einzelheiten festzuhalten. Rythmus, Muskelspiel und Bewegungen der Körper bei den verschiedenen sportlichen Betätigungsarten werden durch sie dem Sportsmann wie dem Laien in einer guten, recht eindringlichen Art offenbart. Der Mangel des Films zeigt sich eigentlich erst dort, wo er aufhört, erst darin, was er nicht bringt.

Zunächst in der Photographie. Dem kritischen Blick zeigt sich da manche Unzulänglichkeit. Der Photograph mag im Schweiße seines Angesichts über den Festplatz gelaufen, er mag sehr bemüht gewesen sein um den günstigsten Standort für seine Kamera, um die interessantesten Darbietungen festzuhalten, vollbracht hat er's nicht! Den sportlichen Leistungen, in ihren Einzelheiten, hätte mehr Beachtung geschenkt werden müssen; ein Blick auf das Schachfeld fehlte ganz; der demonstrative Aufzug der Festteilnehmer hätte von günstigeren Standorten, z. T. auch aus der Vogelschau aufgenommen, bessere Bilder ergeben, als sie im Film geboten werden. Diese Mängel werden geschickt abgeschwächt durch längere Darstellung der Trommler- und Pfeiferkorps, wie einige überflüssige Aufnahmen vom Festzug durch die Stadt.

Der sachliche Inhalt des Films hält nicht das, was im leitenden Titel versprochen wird. Da er „Die neue Großmacht" lautet, so sollte man meinen, daß sich das — allerdings mit größtem Unrecht gewählte — Wort „Großmacht" auf den Arbeitersport an sich und erst **in zweiter Linie** auf eine seiner propagandistischen Auswirkungen, wie es die Frankfurter Olympiade hat, beziehen sollte. Wer das meinte, erlebte beim Film selbst einige Enttäuschungen. Wenn man bedenkt, daß man es hier mit einem ausgesprochenem Werbefilm zu tun hat, dürfte man diesen Mangel nicht weiter tragisch nehmen.

Und doch tun wir das, weil die Art und der Sinn einer Sportpropaganda unser Interesse im hohen Maße beansprucht. Wir hielten es zu allererst für notwendig, den allgemeinen Sinn der sportlichen Betätigung, als einer Körperkultur im wahrsten Sinne des Wortes, auch in einem Sport-Werbe-Film darzulegen.

Der mit der kapitalistischen Produktionsweise ständig fortschreitende Prozeß der **Maschinisierung des Menschen** macht eine Körperkultur zur Notwendigkeit. Sie ist nötig als Kontergewicht gegen die einseitige Belastung und Verkümmerung des menschlichen Körpers. Nur aus diesem, eindeutig umschriebenen Beweggrund heraus sollten die Mitglieder der proletarischen Klasse sich auch sportlich betätigen. Für klassenbewußte **Proletarier** kann und darf der Sport niemals Selbstzweck sein!

Solange wir Proletarier unterdrückt und nach allen Regeln der Technik ausgebeutet werden, solange die bestehende Gewalt der Tatsachen uns als Schwein, Kuh oder Rennpferd behandelt, solange wir Arbeiter nicht mehr und auch nicht weniger als eine Maschine im kapitalistischen Produktionsprozeß bewertet werden, solange gibt es für uns auch kein Menschentum. Die gegebene kapitalistische Warenwirtschaft hat den Menschen aus uns herausgerissen, sie hat uns alle zu einem Warengegenstand, zu „Arbeitskräften", zu „Arbeitnehmern", zu „Händen" oder zu „Köpfen" gemacht. Unser Leben gilt nicht weniger, aber auch nicht mehr, als das unerbittliche Gesetz von Angebot und Nachfrage als Preis bestimmt. Alle möglichen und unmöglichen Unzulänglichkeiten, Halbheiten und Unerträglichkeiten ergeben den Inbegriff unserer sozialen Lage; sie macht alles andere notwendiger als die Träumerei vom vollkommenen inneren und äußeren Menschen, sie stellt den Gemeinschaftskampf der Arbeiter ums Dasein gebieterisch auf die Tagesordnung der Geschichte. **Außerhalb** der kapitalistischen Welt, **außerhalb** der Sphäre von Nacht und Grauen, **innerhalb** einer kommunistischen Gesellschaft kann erst der **Mensch** entbunden, seine körperliche, geistige und seelische Qualität gründlich entwickelt werden. Bis dahin bleiben wir alle mehr oder minder kleine, mehr oder minder verkümmerte Raubtierchen.

Nur von diesen grundlegenden Voraussetzungen geleitet, kann eine sportliche Betätigung der Arbeiter dem proletarischen Klassenkampf dienstbar sein. Gleich der Erziehung, der Charakterentwicklung, der Kunst und dem Wissen ist auch die bestmöglichste Pflege des Körpers durch Körperkultur und Sport eine nicht unwichtige Angelegenheit des Arbeiters.

Da dem vielfach widersprochen wird, sei bei dieser Gelegenheit gleichzeitig darauf hingewiesen, daß es neben dieser **vorbeugenden** Körperpflege noch eine andere gibt. Zum Teil ist sie darauf bedacht, bestehenden Mangel auszugleichen (z. B. Brille und Plattfußeinlage), zum anderen, leider größten Teil beschränkt sie sich auf die Bekämpfung nahender wie bestehender Krankheiten durch absolut rückständige Mittel wie Pillen, **übertriebene** Sauberkeit, parfümierte Seifen, überheizte Stuben, Geradehalter u. a. m. Der Nutzwert dieser Dinge soll hier keiner näheren Prüfung unterzogen werden, es sollte durch ihre Erwähnung nur gezeigt werden, daß auch sie — also gleich einer sportlichen Betätigung — **„Methoden der Körperkultur"** darstellen.

Wenn wir nach dieser Abweichung unseren Film betrachten, so bemerken wir sogleich zwei seiner gröbsten Mängel.

Erstens fehlt eine Darstellung des oben umschriebenen Rahmens einer sportlichen Betätigung überhaupt und zweitens eine nähere Publikation der besonderen Wirkungen (Vor- und Nachteile) der verschiedenen sportlichen Betätigungsarten auf den Körper.

Derartige Untersuchungen sind z. T. auf der Frankfurter Olympiade vorgenommen worden. Der Film deutet das nur an, über die zweifellos sehr interessanten Ergebnisse berichtet er nichts. Er ist **eben halt ein Werbefilm** und daher oberflächlich; als Lehrfilm hätte er eine sachliche und größere Werbekraft ausgeübt! Durch eine Betrachtung der besonderen Vor- und Nachteile der verschiedenen sportlichen Betätigungsarten für den Körper wäre der ureigene Sinn des Sportes klar herausgearbeitet worden. Gewöhnlich wird unter Sport heute die Liebhaberei, der Fanatismus gegenüber der Leibesübung verstanden und in entsprechender Weise von der einen Seite leidenschaftlich betrieben, von der anderen resigniert abgelehnt. Hinzu kommt noch, daß von dem größten Teil der Sportler nur eine spezielle Art körperlicher Uebung gepflegt wird der Nur-Schwimmer, der Nur-Radfahrer, der Nur-Schwerathlet oder der Nur-Ruderer bildet vorwiegend den Sportsmann.

Im Interesse der Körperkultur müssen solche Entartungen abgelehnt werden. Das Wort „Sport" stammt aus dem Englischen, denselben Sinn verkörpert das griechische Wort „Gymnastik" und auf gut Deutsch heißt beides **Leibesübungen, planmäßige Körperpflege**. Nur diesem Zweck darf die sportlich Betätigung dienen und jede ihrer Art muß im Hinblick auf diesen Zweck einer kritischen Prüfung unterzogen werden.

Im Film hätte dies auf eine sehr interessante Weise geschehen können. Da hätte z. B. der Ring- und Boxkampf mit seiner unermüdlichen Zuschauertruppe in eine nette Parallele mit den Stier- und Hahnenkämpfen gebracht werden können. Wenn die beiden letzteren „Sport"sorten heute als Tierquälerei bekämpft werden, dann verdient auch die mit Würgen und Kinnhaken betriebene **Menschenwürdigung** keine andere Behandlung. Auch dann nicht, wenn auf der Frankfurter Olympiade „gewisse" Griffe verboten wurden.

Der rückhaltlose „Sport"-Fanatismus schickt die Leibesübung als Körperkultur zum Teufel, er strebt nur Quantitäten, sein Schlachtruf ist „Leistung", „Leistung" und nochmal „Leistung". Die unterschiedliche quantitative Leistungsfähigkeit der Körper, die **allgemeine** Körperentwicklung, die Qualitäten sind ihm Nebensache, Hauptsache ist ihm der Sieg nach Tor- und Punktezahlen, nach Metern, Sekunden und Zentnern.

Auch dieser — heute allgemein üblichen — Uebertreibung hätte ein Sport-Werbe-Film entgegentreten **müssen**. Vielleicht in der Form einiger Bilder vom Zustand des „Sportlers" nach vollbrachter Leistung. Wir denken da u. a. an den kilometerfressenden „Wanderer", der noch am zweiten oder gar dritten Tage nach seiner „Wanderung" über Beinmuskel-Schmerzen klagt oder an den Torwächter, der aus ergebener Treue zu Spiel und Ball die scharfen Schüsse mit den Fingerspitzen abzuwehren suchte, weil es eben „nicht anders ging".

Diese kleine Uebertreibung ist nötig, um der Richtung der zum größten Teil geübten sportlichen Betätigung entgegen zu steuern.

Einer wirklichen Körperkultur dienstbar sind Gymnastik, Turnen und Wandern **zusammengenommen**. Zu einer Einheit verschmolzen, **jede sportliche** Betätigungsart **den ihr gebührenden Anteil** zum Zwecke der vorbeugenden Körperpflege entsprechend angewandt, kann auch die sportliche Betätigung des klassenbewußten Arbeiters ihm und seiner Sache nutzbar sein. **„Als dienendes Glied fügt sie dem Ganzen sich ein."**

Aus dieser Betrachtung heraus lehnen wir die als Selbstzweck betriebene genügsame und lediglich genießende Betätigung im **heute üblichen** Sport ab. Nicht nur, weil der heutige „Sport" — auch die meisten Arbeitersportvereine — dem Sinne der universalen (allgemeinen) Körperbildung entgegenarbeitet, sondern weil er — auch ein großer Teil der Arbeitersportvereine — in seiner Praxis die entscheidenden gesellschaftlichen Voraussetzungen des Wieder-Mensch-Werdens der Arbeiter, durch Klassenkampf um den Kommunismus, verleugnet.

Für uns Arbeiter kann der Sport erst Selbstzweck sein, wenn er für den Menschen zur **allgemeinen Lebensnotwendigkeit** wird. Einem solchen Zeitpunkt gehen wir mit der Entwicklung der Maschinen entgegen. Sie ist es, die im stetig zunehmenden Maße die körperliche Arbeit einschränkt und einen dafür geeigneten Ersatz für unseren Körper durch sportliche Tätigkeit beansprucht. Für einzelne Berufe (Schreiber etc.) trifft dies heute schon zu, aber vergessen wir's nicht: Wir leben im Kapitalismus, gelten als körperliche oder geistige Gegenständlichkeiten als auszubeutende Ware und müssen erst unser Menschenrecht, unsere Menschenwürde durch eine gewaltsame, blutige Revolution für den Kommunismus erkämpfen!

Beteiligung und Mitarbeit am Klassenkampf ist die Sache jedes einzelnen Arbeiters, Sport und Gymnastik als Körperkultur jedoch sind für ihn nicht unwichtiger, aber auch nicht notwendiger als Erziehung, Bildung und Reinlichkeit.

Der organisierte Arbeitersport als „neue Großmacht" ist bürgerlicher Spuk. Vielleicht auch als Film-Titel bewußt gewählt, um die Aufmerksamkeit der Arbeiter von Klassenkampf und Klassenorganisation als der eigentlichen und allein notwendigen neuen internationalen Großmacht „Proletariat" abzulenken in das seichte Wasser bürgerlicher Wege zu „Kraft und Schönheit!" (Militarismus.)

Paul Levi, die Brücke zwischen Moskau und Amsterdam

Eine bessere Rolle konnte Paul Levi wirklich nicht spielen, nachdem er die allerbesten Wandlungen hinter sich hat, als jetzt Vermittler im großen Einheitsrummel der KPD. zu sein. Eine vollendetere Person der politischen Diplomatie konnte sich die KPD. auch nicht wünschen, die ihnen die Wege in die SPD. und die Gewerkschaften ebnet. Zu aller Ehre wird Paul Levi am Ende wieder Leiter der geschaffenen Einheitsfront. Seine „Sozialistische Politik und Wirtschaft" gibt ihm die beste Möglichkeit, sich beliebt zu machen, d. h. im linken Flügel der SPD. für die Einheitsfront der KPD. zu sprechen. Anläßlich der Vorstandssitzung des IGB. in Amsterdam und der Exekutivsitzung des IGB. in London, die sich beide mit dem Antrag der Engländer zwecks Aufnahme der Russen in den IGB. befassen, schreibt er in seiner Zeitschrift vom 26. November folgendes:

„Der bevorstehende Weihnachtsmonat wird aller Voraussicht nach auch der internationalen Gewerkschaftsbewegung eine Bescherung bringen. Gleich am 1. Dezember tritt in London die Exekutive des Internationalen Gewerkschaftsbundes zusammen und schon wenige Tage später — am 5. und 6. Dezember — wird in Amsterdam der Vorstand dieser Körperschaft tagen. Beide Sitzungen stehen in einem engen Zusammenhang und auch die Wahl Londons als Tagungsort für die Exekutive ist keine zufällige. Es ist nämlich beabsichtigt, dieser Sitzung eine Aussprache mit der Exekutive des englischen Gewerkschaftsbundes anzugliedern. Schon dies verrät, daß im Mittelpunkt der bevorstehenden Besprechungen eine Frage stehen wird, in der sich die englische Gewerkschaftsbewegung besonders exponiert und von den meisten übrigen Organisationen des IGB. getrennt hat: die Haltung gegenüber den russischen Gewerkschaften.

Die Diplomatie Levis greift jedoch nicht nach Rußland, um Pläne der Notwendigkeit zu spinnen, sondern nach England und nimmt den Kongreß in Scarborougt zum Objekt. Die Vorstandssitzung im Februar kam zu keinem Ergebnis und ebenso der folgende Briefwechsel zwischen Moskau und Amsterdam wurde von den Amsterdamern beiseite geschoben, mit der Erklärung, sie hätten keine Vollmacht, eine Aussprache herbeizuführen. In Wirklichkeit waren die Russen noch nicht kirre genug. Doch England drängte und an dessen Spitze stand Purcell, der Vorsitzende des IGB. Der englische Gewerkschaftskongreß brachte jedoch die Entscheidung, indem er den Beschluß faßte, die Einheitsfront herbeizuführen. Hier greift Levi ein:

„Da nun gleichzeitig der englische Gewerkschaftsbund zahlenmäßig ein ebenso starkes Glied des IGB. ist wie der deutsche, seine wirtschaftliche Bedeutung aber die aller andern Länder heute weite übertrifft, so geht es auf die Dauer nicht an, daß zwischen dem IGB. und dem englischen Gewerkschaftsbund Dissonanzen in einer so überaus wichtigen Frage bestehen, wie die Beziehungen zu den Russen es sind. Entweder Amsterdam verleugnet offen seinen großen Sohn auf dem Inselreich oder aber es verständigt sich mit ihm und trägt seinen Wünschen Rechnung.

Doch der arme Purcell hat einen Fehler gemacht. Er hat in Amerika auf dem Gewerkschaftskongreß Krach gemacht und für die Einheitsfront gesprochen, worauf der Nachfolger Gompers, Green erklärte, entweder die Gompersgewerkschaften oder die Russischen mit Amsterdam, eins gibts nur. Der zweite Vorsitzende des IGB., Oudegest, stellt sich jedoch auf die Seite der Amerikaner und fällt über Purcell her. Auch hier ist P. Levi nicht müßig, die Person Purcells zu verteidigen. Er schreibt: „Darüber hinaus bezeichnet er Purcell als „charakterloser als manche Kommunisten". Die Sitzung in London wird Oudegest Gelegenheit bieten, die Anrempelungen zu rechtfertigen.

Für Levi ist es unbedingt notwendig, die Einheitsfront auch hier in Deutschland zu fördern und er wird es sich schon etwas an politischen Winkelzügen kosten lassen. Seine Politik wird die Etappe bilden, über die die KPD. im Lager der großen SPD. landet. Schon hat sie in Sachsen die ersten Schritte dieser Koalition getan.

Aus der Gesellschaft

Die Moralpredigerin vom Frauenverein.

In Budapest ging ein Skandalprozeß zu Ende, in dem eine Gräfin Zychi, ihre 4 Kammerdiener, Schlüssellöcher u. a. eine Rolle spielten. Da dies — wenigstens für gräfliche Anschauungen — nichts besonderes ist, gehen wir darüber hinweg.

Dagegen interessiert die Schriftstellerin Tormay, Vorsitzende des „Nationalen Verbandes der ungarischen Frauen" und die literarische Verkünderin und Vorkämpferin der Moral.

Sie und viele andere Frauen hatten gemeinsam „unnatürliche Beziehungen" zur Gräfin. Die Tormay 2 bis 3 mal wöchentlich.

Gott, und dann noch die 4 Kammerdiener, die doch verflucht natürlich waren.

Den Grafen wollen wir schon garnicht rechnen.

Die gräfliche Ehe wurde geschieden.

Der Gottesmann und das Fräulein mit der Bauchnarbe.

Der Borkumer Badearzt Dr. Bensch veröffentlicht in der „Borkumer Badezeitung" einen Brief an den Pfarrer Münchmeyer, in dem es heißt:

„Nachdem nunmehr durch eidliche Zeugenaussagen erhärtet ist, daß Sie eine meiner Patientinnen im Krankenhause nächtlich besucht und geküßt haben, und nachdem Sie selbst vor dem Untersuchungsrichter zugegeben haben, daß Sie gelegentlich dieses Besuches den Unterleib der jungen Dame abgetastet haben, um angeblich die vorhandene Operationsnarbe zu fühlen, unterstelle ich erneut dem Urteil der Oeffentlichkeit, ob Sie noch weiter für die Tätigkeit als Pfarrer und Seelsorger geeignet und würdig sind."

Das „Berliner Tageblatt" bringt einen Brief des Pfaffen an das „abgetastete" Fräulein, in dem die obigen Angaben des Arztes bestätigt sind.

Selbstverständlich steht dieser Stellvertreter Gottes bis heute sonntäglich auf der Kanzel und wettert gegen die Unmoral und gegen die Juden.

Die Moralbegriffe der Ostelbier.

Die Deutschvölkische Freiheitspartei hat im Preußischen Landtag folgende Anfrage eingebracht: „Bei der Wohlfahrtsstelle der Kreisverwaltung in Labiau (Ostpreußen) herrscht anscheinend seit längerer Zeit eine heillose Korruption. Der Kreiswohlfahrtssekretär Sambale wird allgemein der gröbsten sittlichen Verfehlungen im Amte gegen Kriegerwitwen und weibliche Angestellte, sowie nicht einwandfreier sonstiger Geschäftsführung bezichtigt. Der Landrat Führer in Labiau deckt jedoch anscheinend nicht nur den Sambale, sondern auch gegen ihn selbst werden die schwersten Vorwürfe erhoben."

Zwei Angestellte, ein männlicher und ein weiblicher, die sich beschwerdeführend an den Landrat wandten wurden auf der Stelle entlassen. Das Paschaleben des junkerlichen Landrats und seines Lakaien sind nicht erst in neuerer Zeit bekannt geworden. Schon am 22. Juni d. J. beschäftigte sich ein Offener Brief des sozialdemokratischen Reichsbundes der Kriegsbeschädigten in der Presse damit. Das hat dem Führerschen Junkerparadies weder bei seinen junkerlichen Standesgenossen, noch bei seinen Vorgesetzten, dem sozialdemokratischen Innenminister Severing, Abbruch getan. — Ein preußischer Innenminister, der den standesgemäßen Lebensgewohnheiten der Junker kein Verständnis entgegen brächte, wäre eben nicht möglich!

Ein „klassisches" Justizurteil.

Vor dem Potsdamer Schöffengericht stand kürzlich der Hofmeister Max Matthey, angeklagt wegen Sittlichkeitsverbrechen an einer Geisteskranken und wegen tätlicher Beleidigung einer Gutsarbeiterin.

Der Staatsanwalt beantragte im Falle des geistesschwachen Mädchens ein Jahr vier Monate Gefängnis unter Zubilligung mildernder Umstände und im Falle der zweiten Arbeiterin eine Freisprechung. Das Gericht faßte die Sache umgekehrt auf; es war der Ansicht, daß die Geistesschwache ganz gut sich hätte wehren können. Es schien aber doch ein gewisses Einverständnis vorhanden gewesen zu sein und demzufolge kam das Gericht zu einer Freisprechung. Dagegen hielt das Gericht im Falle der 25jährigen Arbeiterin **eine versuchte Notzucht für vorliegend und erkannte mit Rücksicht darauf, daß derartige Sachen auf dem Lande nicht so tragisch genommen werden**, unter Zubilligung mildernder Umstände auf sechs Monate Gefängnis. Obendrein werden dem Angeklagten noch vier Monate Strafaussetzung gewährt, so daß er nur zwei davon zu verbüßen braucht.

Wirtschaft

Das Hungergespenst

Ueber Arbeitsmarkt und Wirtschaftslage in der Rheinprovinz berichtet das Landesarbeitsamt in Düsseldorf:

Die Kurve des Arbeitsmarktes ging in der vergangenen Woche scharf nach unten. Schon seit Juli war es klar, daß man mit einem Abbröckeln auf dem Arbeitsmarkt der Eisen- und Stahlindustrie rechnen mußte. Dieser Personalabbau ging bis vor kurzem ziemlich schrittweise und langsam vor sich, um jetzt in der letzten Zeit ein Tempo zu erreichen, wie man es selbst auf dem Arbeitsmarkt der Nachkriegszeit, der außerordentlichen Schwankungen unterworfen war, kaum erlebt hat. **Die Entlassungen in der eisenschaffenden und eisenverarbeitenden Industrie machen fast einen panikartigen Eindruck. Es ist gewiß damit zu rechnen, daß zur Anpassung der Produktion an den Absatz, ein gewisser Teil der Betriebe stillgelegt bleibt.** Auch auf dem bergbaulichen Arbeitsmarkt stehen noch Entlassungen bevor.

•

Die Eisenbahn baut wieder ab!

Die Reichsbahn behauptet, daß im Westen Deutschlands der Beamten- und Arbeiter-Abbau aus politischen Gründen noch nicht in genügendem Maße erfolgt sei. Deshalb sollen noch 14 000 Beamte und eine entsprechende Zahl Arbeiter abgebaut werden! Es muß aber darauf hingewiesen werden, daß in den Eisenbahndirektionsbezirken Trier, Köln, Frankfurt, Ludwigshafen, Mainz, Elberfeld, Düsseldorf und Essen seit dem 1. Januar 1923 80 000 Beamte und Arbeiter entlassen wurden. Die Eisenbahn hat nicht die Ausrede, daß der Betrieb schlecht geht. Die Reichsbahn arbeitet mit enormen Ueberschüssen, dank des Abbaues der Arbeiter und Beamten, dank der wahnsinnigen Schufterei der noch Arbeitenden. Der Abbau im Westen wird nur der Anfang sein, für einen erneuten, allgemeinen Abbau.

Neue Betriebseinschränkungen im Ruhrbergbau.

Die Klöckner-Werke legen ihre Schachtanlagen I, II und III still. Als Ursache wird Absatzmangel angegeben. Es werden 500 Arbeiter entlassen.

•

Auf Wunsch der Regierung soll weiter stillgelegt werden.

In einer Versammlung des „Reichsbund deutscher Techniker" hielt Ministerialdirektor Dr. Schäffer vom Reichswirtschaftsministerium einen Vortrag über die Aussichten der deutschen Wirtschaft. Es müßten noch mehr Produktionsstätten stillgelegt werden, um zu einer Wirtschaftsgesundung zu kommen. Unter Wirtschaft meint der Herr Doktor natürlich Kapitalismus. Dann stimmt es. Der Profitschwund kann allerdings eine Zeit durch Betriebsstillegungen aufgehalten werden. Es kann sogar Profit dadurch erzielt werden. Z. B. die Sargindustrie, Aerzte und Apotheken werden gewinnen.

Dann kommt der Herr Ministerialdirektor und Kommunistenfresser aber ungewollt zur Bestätigung der Rosa Luxemburg'schen Akkumulationstheorie. Er meint nämlich, die Krise komme nicht durch die Kaufkraftzerstörung des Inlandsmarktes, sondern durch den mangelnden Export. Das stimmt. Kapitalismus ist nicht für die Dauer existenzfähig, ohne Export, d. h. ohne seine Waren, die hergestellt werden für den den Arbeitern vorenthaltenen Lohn, nach kapitalistisch noch nicht erschlossenen Ländern abzusetzen. Dieser Ueberschuß aus dem Export ergibt erst die gesellschaftliche Akkumulation. Da aber nach dem Kriege immerhin allerhand gebaut und erneuert wurde, und die Kapitalisten ganz anständig lebten, geschah dies auf Kosten der Lohndrückung. Dies zerstörte die Kaufkraft, verminderte den Konsum und zwang so zu Produktionseinschränkungen. Das braucht ein Ministerialdirektor im Reichswirtschaftsministerium allerdings nicht zu wissen. Es genügt schon zu den Kenntnissen eines volkswirtschaftlichen Doktors und Ministerialdirektors, daß durch Betriebsstillegungen der Profit vor der Hand gesichert wird. Daß dadurch aber neue Kaufkraft zerstört, und die Produktion weiter verengert wird, das geht wieder über den Horizont eines Doktors der Volkswirtschaft.

•

Umschichtungen in der Weltwirtschaft.

Trotz der katastrophal hereinbrechenden Krise hoffen die deutschen Proletarier in ihrem Kinderglauben immer noch auf „bessere Zeiten". Wie trügerisch diese Hoffnung ist, wollen wir heute nur an einem Beispiel zeigen, an der Textilindustrie.

Die südamerikanische Textilindustrie hatte vor dem Kriege überhaupt keine Bedeutung. Südamerika war Rohstofflieferant der europäischen Industrie. Während des Krieges wurde es von Europa abgeschnitten, sowohl bezüglich der Ausfuhr von Baumwolle, wie der Fertigfabrikate-Einfuhr. Für Schlafwolle trifft dasselbe zu.

Im Kriege wurde diese brasilianische Textilindustrie nunmehr planmäßig entwickelt. Die Zahl ihrer Fabriken nahm von 1910 bis 1920 um 118 Proz., die der Webstühle um 93 Proz., die der Spindeln um 105 Proz. zu. Im Jahre 1918 fand eine Textilausstellung in Buenos Aires statt. Und heute reicht der Einfluß dieser brasilianischen Textilindustrie schon bis nach Südargentinien und bis an die pazifische Küste. Die argentinische Wollindustrie deckt heute bereits den Stoffbedarf der argentinischen, brasilianischen, chilenischen und bolivianischen Armee, der argentinischen Marine und Polizei.

Noch ungünstiger für die deutsche Industrie haben sich die Verhältnisse in Asien entwickelt. Die Spinnereien bilden in China zurzeit wohl die stärkste industrielle Betätigung. Die Zahl der Baumwollspindeln ist von rund 1 000 000 im Jahre 1913 auf 3 800 000 im Jahre 1924 gestiegen. In der Textilindustrie Ostindiens ist die Entwicklung ähnlich. Es gibt dort heute eine stark ausgebaute Textilindustrie und zahlreiche Baumwoll-, Woll- und Jutefabriken, auch Bindfadenfabriken.

Die Industrie Asiens ist heute noch dabei, den eigenen Markt zu erobern. Die englische Ausfuhr von Baumwollwaren nach China, Japan und Ostindien ist seit 1913 z. B. weit unter die Hälfte gesunken. Es wird aber nicht lange dauern, dann wird die Industrie der Kolonialländer auf dem europäischen Markte selbst erscheinen. Heute beliefert Europa Asien in der Hauptsache noch mit Maschinen. Ostindien ist heute großer Abnehmer europäischer Textilmaschinen. Südamerika wird indes mehr von den Vereinigten Staaten beliefert.

Wie mit der Textilindustrie, verhält es sich mehr oder weniger mit allen Konsumindustrien. Die Länder des alten Kapitalismus liefern Maschinen, installieren Industrien, und die Söhne der Kolonialkaufleute studieren in Europa und Amerika die Technik. Den kolonialen Verbrauchsindustrien folgt aber die Erschließung von Kohle und Erz und die Errichtung von Produktionsmittelindustrien auf dem Fuße. Bald wird auch die Lieferung von Maschinen nach den Kolonien aufhören. So ist der Kapitalismus nach seinen eigenen Bewegungsgesetzen gezwungen, sich selbst das Grab zu schaufeln. Den Todesstoß muß ihm allerdings das Proletariat versetzen. Der Kapitalismus steigt nicht selbst hinab. Der Kapitalismus verringert die Produktion und stößt Millionen Proletarier ins Massengrab. Das Kapital wird leben und herrschen, solange die Produktionsmittel Privatbesitz sind und die Wirtschaft nicht kommunistisch umgestellt ist.

Die Verschiebung der Krise

Während im gesamten übrigen Europa die Arbeitslosenziffer steigt, fällt sie in England seit etwa einem Monat dauernd. Am 23. November betrug die Arbeitslosenzahl Englands 1 174 500, d. h. 21 737 weniger als in der Woche zuvor. Solange in Deutschland die Arbeitslosenziffer sank oder nur ganz langsam anstieg, stieg in England die Arbeitslosigkeit ziemlich flott an. Seitdem in Deutschland der Arbeitslosenstrom katastrophal anschwillt, geht er in England zurück.

Diese Bewegung erbringt von neuem den Beweis — den wir schon an hundert anderen Beispielen lieferten — daß der Kapitalismus seine Krise nicht mehr los wird. Alle „Konjunkturen" nach dem Kriege, hatten ein stetes Anschwellen der Arbeitslosenflut in anderen Ländern zur Folge.

Die bessere Beschäftigung der englischen Industrie hat mancherlei Ursachen. Eine derselben ist der „Protektionismus", d. h. die Unterstützung durch den Staat durch Besteuerung der Arbeiterklasse, wozu z. B. für den Bergbau die Gewerkschaften kürzlich anreizten und ihr Einverständnis gaben.

Eine andere Ursache ist die Abkapselung durch Schutzzölle für eine Anzahl Industrien. Dadurch ist die Konkurrenz, hauptsächlich die deutsche, vom englischen Markt verdrängt und durch die englische Industrie erobert.

Eine der wichtigsten Ursachen aber ist der Lohnabbau des englischen Kapitals. Die Löhne der englischen Arbeiterschaft haben seit Jahren sinkende Tendenz. Im Hinblick auf die deutsche Schmutzkonkurrenz infolge der niedrigen deutschen Löhne haben die englischen Gewerkschaften die Lohnkürzungen immer hingenommen oder sie sogar gefördert wie vor einigen Monaten die Gewerkschaft der Seeleute. Der aus diesem Grunde ausgebrochene „wilde" Streik, der sich mehr gegen die eigene Gewerkschaft richtete, ist bekanntlich kürzlich nach großen und blutigen Opfern durch die Gewerkschaften abgewürgt worden.

Auch in den skandinavischen Staaten und anderen europäischen Ländern verhandelten kürzlich resp. verhandeln noch die Gewerkschaften um Lohnabbau, um „ihren" Kapitalismus konkurrenzfähig zu machen. Hin und wieder wird es

---

Achtung! Berichtigung!

In der Nr. 94 und 95 ist ein Feuilleton erschienen mit dem Titel „Der revolutionäre Klassenkampf als Grundlage der KAPD." Sein Verfasser teilt uns mit, daß der Titel heißen muß: „Ueber unsere Prinzipien und Aufgaben."

Im Artikel selbst steht nach einer der Zitierung aus Karl Liebknechts politischen Aufzeichnungen der Satz:

„Auf diese Anschauungen kommen wir später einmal näher zurück. Sie können nur einer kapitalistischen und trotzdem kleinbürgerlichen Denkweise entspringen."

Dieser Satz bezieht sich nicht auf Karl Liebknecht; mit dessen Anschauung sind wir vollauf einverstanden. Der Satz war eine Bemerkung zum angedeuteten Zitat aus dem „Berliner Tageblatt" vom 8. 11. 25 und ist an die falsche Stelle gerückt worden. Das Zitat, auf das sich diese Bemerkung bezieht, ist ebenfalls nicht erschienen. Wir holen es an anderer Stelle nach.

auch wieder einem Lande gelingen, durch den Lohnabbau seinen Kapitalismus um eine Nasenlänge vorauszubringen, bis — andere Länder wieder den Lohn abbauen.

Hierin besteht ja gerade der „Internationalismus" der Gewerkschaften. Diese Schraube ohne Ende wird sich solange drehen bis sich die Proletarier auf Betrieben aufgebaute Klassenkampforganisationen schaffen und dem Spiel ein Ende machen.

Gewerkschaftsdisziplinierte Hungerkünstler.

Wir haben bereits über die Stillegung der Zeche „Alte Haase" berichtet. Es handelt sich um eine alte Zeche, die alle würdigen Flöze abgebaut hat und wegen Unrentabilität stillgelegt wurde. Die Unternehmerpresse berichtet jetzt darüber:

„Bergarbeiter erhalten die Zeche ‚Alte Haase'

Im Laufe der Verhandlung im Preußischen Handelsministerium über das Schicksaal der Zeche „Alte Haase" ist von der Bergarbeiterschaft der Beschluß gefaßt worden, die zur Aufrechterhaltung der Wasserhaltung notwendigen Arbeiten solange unentgeltlich zu verrichten, bis die Zeche wieder in Betrieb genommen wird, ferner die notwendigen Reparaturarbeiten, die zur Wiederingangbringung des Betriebes erforderlich sind ohne Entschädigung zu verrichten, falls sich bei der Wiederinbetriebnahme heraussteilt, daß unterirdische Betriebsteile in größerem Umfange zu Bruch gegangen sind. Die Bergarbeiterschaft hat ferner einen Beschluß gefaßt, vorläufig unter keinen Umständen den Abbruch selbst von Teilen der Zeche zuzulassen."

Was doch der Gewerkschaftsgeist alles zuwege bringt! Bessere Arbeiter kann sich das Kapital gar nicht wünschen. Es ist gar nicht ausgeschlossen, daß die Zeche wieder für einige Zeit Profit abwirft, wenn sie die Proletarier umsonst abräumen und instandsetzen. Und wenn sie nach erneuter Inbetriebnahme nicht sofort rentabel sein sollte, werden die Proletarier eben solange umsonst oder für einige Pfennige arbeiten, bis … Hauptsache ist Profit für den Sklaventreiber.

Gewerkschaftliches

Zur Gewerkschaftspolitik Mussolinis

Im Frühjahr 1925 wurde aus Mussolinien die bevorstehende Los- und Auflösung der nichtfaschistischen Gewerkschaften durch die Faschisten gemeldet. Wir schrieben damals:

„Soeben kommen die Italiener Scoccimarco, Viola, Gramsci und Konsorten von der Tagung des „Erweiterten Ekki" der 5. Internationale in Moskau mit den hübschen Resolutionen über die „gewerkschaftliche Einheit" in der Tasche. Ob sie nach diesem Streich Mussolinis sehr geistreiche Gesichter machen werden? Und es entsteht die Frage, wohin gehen diese schwankenden Gestalten der 3. Internationale nun, wo die berühmten „Zwischenstadien" und damit die „Zwischenlosungen" der Internationale Nummer drei aufhören? Jetzt, wo die Lage anfängt ungemütlich zu werden. Wohin gehen sie, diese Helden der „Zwischenstadien"? Gehen sie zu Mussolini oder mit dem wirklich klassenbewußten Proletariat, das diese Situation schon lange voraussah? Oder diese Frage entsteht vielmehr nicht, da sie als waschechte Opportunisten und verkappte Faschisten, als äußerster Klassenkampfflügel der Bourgeoisie, verschämt das Feigenblatt von ihrer Blöße nehmend und ihre wahre Gestalt zeigend, nur im Lager der Konterrevolution bleiben können.

Zugegeben sei der 3. Internationale und ihren Anhängern aber, daß es von den bürgerlichen Wegelagerern allerdings etwas rücksichtslos ist, auf solche Weise der schwachsinnigen Parole „Eroberung der Gewerkschaften" ein für allemal einen Riegel vorzuschieben und die Anhänger dieser Parole so unbarmherzig aus ihren Illusionen zu wecken. Der Traum der gewerkschaftlichen „Organisation der Revolution", dessen verträumtester Verfechter kein anderer als der „konkrete Analytiker" Lenin war, ist damit endlich ausgeträumt.

Mit der denkbar größten Bestimmtheit schreien wir es den Proleten in die Ohren. Nicht beendet ist die revolutionäre Periode in Deutschland, sondern eben jetzt mit dem Aufgeben des Versteckspielens seitens des Klassenfeindes, mit der restlosen Entschleierung der Klassengegensätze beginnt sie in ihr akutes Stadium zu treten. Die Perspektive der Stalin und Sinowjew ist falsch. So unzutreffend ihre optimistischen Perspektiven während der Inflationszeit waren, so unzutreffend ist auch ihre heutige pessimistische. Ihr Grundfehler war die mechanische Uebertragung russischer Erfahrungen auf die ganz anders gearteten Verhältnisse in Deutschland. Hier kann der antirevolutionäre Einfluß der Sozialdemokraten nur mit dem Untergang der Gewerkschaften verschwinden. Das ist der Hauptunterschied zu den Verhältnissen, wie sie konkret für die Revolution in Rußland vorlagen, und es gilt diese geschichtliche Notwendigkeit des revolutionären Entwicklungsprozesses zum Klassenbewußtsein zu erkennen, um die Revolution strategisch und organisatorisch vorbereiten zu können. In Deutschland steht die proletarische Revolution erst auf der Tagesordnung der Geschichte nach einem reinlichen Scheidungs- und Differenzierungsprozeß der Kräfte, der sich feindlich gegenüber stehenden Klassen und nach einer vorangegangenen Periode illegalen Wirkens der revolutionären Vorhut. Aehnlich ist die Lage für das italienische Proletariat.

Anstatt das revolutionäre Fazit aus den ganz unzweideutigen Vorgängen in Italien und Deutschland zu ziehen, liert sich und kooperiert die 3. Internationale und ihr famoses „Ekki" mit der in revolutionärem Sinne rückständigsten Arbeiterschaft in ganz Europa, der englischen. Wir gratulieren ihr heute schon zu der Freude, die sie daran erleben wird."

Jetzt hat der größenwahnsinnige Abenteurer Mussolini Ernst gemacht und will mit seiner „faschistischen Gesetzgebung", dem proletarischen Klassenkampf den Todesstoß versetzen, den Faschismus wie einen Felsblock stabilisieren. Seine Gesetze verbieten einmal alle Gewerkschaften mit „internationalen" Beziehungen und verbieten ferner den Kapitalisten, die nichtfaschistischen, alten Gewerkschaften anzuerkennen und mit ihnen zu verhandeln. Auch das Streikrecht ist praktisch aufgehoben. Das alles bedeutet die restlose Zerstörung der nichtfaschistischen Gewerkschaften.

Die kommunistische Partei Italiens gehört der 3. Internationale an. Sie hat die Beschlüsse des 5. Weltkongresses und der Exekutive der Komintern angenommen und befürwortet. Sie lauten: „Heran an die Massen" und „gewerkschaftliche Einheitsfront". Nur der unentwegte Bordigha mit einem kleinen Häuflein Getreuer war stets schärfster Gegner dieser antirevolutionären Parolen. Wir fragen die Mitglieder der „deutschen Sektion": Wer ist nun der Kindliche gewesen, Lenin, der Autor der „ultralinken Kinderkrankheit", oder der von ihm so bekämpfte Bordigha? — — Und wir sagen ihnen, daß ihre gepriesene „elastische" leninistische Taktik für die Revolution drei ausgeblasene Eier wert ist. Sie ist so wenig elastisch, ja sie ist das genaue Gegenteil davon, weil sie in wirklich revolutionärer Situation vollkommen versagt. Sie ist und bleibt starr gegenrevolutionär. Selbstverständlich hat mit den Maßnahmen Mussolinis alles Geschwafel von „Einheitsfront" und „heran an die Massen" mit einem Schlage aufgehört. Wenn die Götzenanbeter der „deutschen Sektion" aber von dem stupiden Herleiern ihres angebeteten „Leninismus" zu schwachsinnig geworden sein sollten, um das heute schon einzusehen, so wird ihnen die künftige Haltung der revolutionären Proletarier Italiens zur 3. Internationale — eine freimütige und loyale Erörterung der für die Taktik der Komintern tödlichen Probleme vor der Oeffentlichkeit der Komintern, halten wir für ausgeschlossen — sehr bald die Augen öffnen.

Trotz alledem befürchten wir, daß auch die deutschen Proletarier dem Beispiel der antiparlamentarischen KAP. und der antigewerkschaftlichen AAU. nicht früher folgen werden, als bis die unverhüllte brutale Gewaltdiktatur der Hindenburg—Luther—Seeckt à la Mussolini auch hierzulande den Gewerkschaften und den parlamentarischen Parteien den Garaus gemacht haben wird, oder, was noch viel eher sein wird, diese Organe zu direkten Instrumenten der rücksichtslosen „Ordnung und Sicherheit" bestimmen, wobei ihnen die Gewerkschaftsführer behilflich sein werden.

Das beste Geschenk ist ein gutes Buch

Genossen! Deckt euren Bedarf in eurer Buchhandlung!

Wir empfehlen:

- M. Beer: Allgemeine Geschichte des Sozialismus und der sozialen Kämpfe — Leinen 10,—
- A. Braun: Die Gewerkschaften — Halbl. 6,—
- E. Buchner: Im Zeichen der Roten Fahne (Revolutionsdokumente) — 5,—
- A. Bebel: Die Frau und der Sozialismus — Halbl. 4,—
- N. Bucharin: ABC des Kommunismus — 2,—
- O. v. Corvin: Der Pfaffenspiegel — Leinen 4,—
- — Die Geißler — Halbleinen 4,—
- H. Eildermann: Urkommunismus und Urreligion — Halbl. 7,—
- H. Guilbeaux: W. J. Lenin — Halbleinen 5,—
- R. Helwig: Die Finanzskandale des Kaiserreichs — Halbl. 2,75
- R. Luxemburg: Einführung in die Nationalökonomie — Ganzleinen 5,—
- K. Liebknecht: Reden und Aufsätze — 3,50
- G. Lukacs: Geschichte und Klassenbewußtsein — 4,40
- K. Marx: Kapital (Volksausgabe) — 8,—
- — Kritik der politischen Oekonomie — Geb. 3,—
- — Das Elend der Philosophie — Gebunden 3,—
- F. Mehring: Geschichte der deutschen Sozialdemokratie — 2 Bände 16,—
- A. W. Nemilow: Die biologische Tragödie der Frau — 2,50
- W. Reimer: Ein Gang durch die Wirtschaftsgeschichte — Gebunden 2,50
- Ph. Scheidemann: Der Zusammenbruch — Gebunden 2,90
- W. Sombart: Die deutsche Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert — Gebunden 6,—
- K. Vorländer: Von Machiavelli bis Lenin — Ganzleinen 10,—

Romane, Dichtungen, Erzählungen

- M. Andersen Nexö: Der Morgen graut — Gebunden 1,—
- A. de Chateaubriand: Schwarzes Land — Gebunden 7,—
- Shaw Desmond: Demokratie — Gebunden 3,—
- G. M. Haardt: Die erste Durchquerung der Sahara im Automobil — Leinen 6,—
- Franz Jung: Arbeitsfriede — Pappband 1,80
- A. Meierling: Von Stufe zu Stufe — Gebunden 3,50
- Müller-Jahnke: Ich bekenne — Gebunden 1,—
- W. Nitschke: Der neue Glaube — Gebunden 3,—
- E. A. Powell: Mit Auto und Kamel zum Pfauenthron — Leinen 6,—
- V. Panin: Die schwere Stunde — Gebunden 2,—
- John dos Passos: Drei Soldaten — Gebunden 3,50
- R. Radiguet: Das Pest — Gebunden 6,—
- G. Russel Galwan: Als Karawanenführer bei den Sahibs — Leinen 6,—
- U. Sinclair: Jimmy Higgins — Leinen 4,—
- E. Welle-Strand: Möwenjunge, Roman aus dem Nordland — 5,—

Jugendbücher

- Leo Tolstoi: Eine Auswahl für die reifere Jugend.
- A. Holitscher: Amerika, Leben, Arbeit und Dichtung.
- N. Zepler: Heinrich Heine.
- M. Schwandje: Die Liebe zu den Tieren.
- C. Meyer-Lugan: Das geheimnisvolle Land.
- M. Steinitz: Helden der Güte.

Preis pro Exemplar 1,— Mark

Sonstige kommunistische und sozialistische Literatur am Lager. Nicht Vorhandenes wird schnellstens besorgt. Versand nach auswärts nur gegen Voreinsendung des Betrages oder gegen Nachnahme. Porto zu Lasten des Empfängers.

Buchhandlung für Arbeiter-Literatur

Berlin O 17 — Warschauer Straße 49 — Postscheck-Konto: Berlin 49029

Ausland

Der Prozeß gegen die rumänischen Bauern

Schon länger als zwei Monate dauert dieser Riesenprozeß und nähert sich nun seinem Ende. Er ist ein Beweis des rücksichtslosen Kampfes der Bourgeoisie, die die Herrschaft eines Staates inne hat, gegen die oppositionellen Interessen der übrigen Klassenschichtungen. Es sind nicht proletarische Interessen, die in den angeklagten Bauern fundamentiert sind, sondern die Eigentumsinteressen dieser bessarabischen Kleinbauern, die denen der rumänischen Regierungsbourgeoisie entgegenlaufen. Mit brutaler Gewalt geht die Regierung dagegen vor, wovon wir schon mehrere Male berichteten. Ebenso brutal wird die Bourgeoisie ihr „Recht" gegenüber der Arbeiterklasse vertreten. Es ist darum unsinnig, pazifistischen, sozialdemokratischen Ideen zu huldigen. Ueber die Verhältnisse des Prozesses bringt die „Rote Fahne" folgende drastische Schilderung:

„Vor dem Urteil in Kischinew.

Der Prozeß von Tatar Bunar geht seinem Ende entgegen. Für 365 Angeklagte verlangen die Staatsanwälte lebenslängliches Zuchthaus, was besonders unter den rumänischen Zuständen einen langsamen und sicheren Tod bedeutet. Zwei Militärauditoren waren notwendig, um in acht sogenannten „Gerichts"sitzungen die Anklage, die vor 70 Tagen, am Anfang des Prozesses, verlesen wurde, zu wiederholen.

Die Angeklagten, die in der Winterkälte den Verhandlungen stehend unter freiem Himmel beiwohnen müssen, sind inzwischen körperlich so heruntergekommen, daß sie zum Teil sich kaum aufrecht erhalten. Charakteristisch für die bestialische Behandlung der Bauern ist folgende Einzelheit. Wie aus Bukarest gemeldet wird, wurde im Kischenewer Gefängnishof, wo die Verhandlung gegen die Fünfhundert stattfindet, eine Holzbaracke errichtet, da die hohen Herrschaften des Gerichtes, obwohl sie mit warmen Pelzstiefeln und Mänteln bekleidet sind, es doch zu kalt finden. Ein Teil der Bauern aber, eine lange Reihe von mit Lumpen bekleideten Skeletten, die bloß Zeugen sind, aber wie Angeklagte behandelt und jeden Tag aus dem Kerker zur Verhandlung vorgeführt werden, muß stundenlang vor der Türe dieser Baracke herumlungern, bis er vor die Schranken des Gerichts gerufen wird. Diese Unmenschlichkeit, die zur Folge hatte, daß beinahe alle Zeugen krank geworden sind und vor Fieber schlotternd, die Stunde der Erlösung, des Verhörs, erwarten, hat schon den Tod eines Zeugen, eines schwindsüchtigen Bauernjungen, der Lungenentzündung bekam, gefordert."

Das Urteil.

Das Schreckensurteil auf die Folterqualen, die diese Bauern in ihrer Untersuchungshaft erdulden mußten, ist nun endlich am 3. Dezember erfolgt. Ein Angeklagter wurde zu lebenslänglicher Zwangsarbeit, 2 zu 15 Jahren, 3 zu je 10 Jahren und 79 zu 2 bis 8 Jahren Zwangsarbeit verurteilt, 200 Angeklagte wurden freigesprochen.

Wie rücksichtslos die rumänische Regierung gegen die Interessen der Bauern vorgegangen ist, ergibt sich daraus, daß die reaktionäre Justiz nicht umhin konnte, 200 Angeklagte nach all den Qualen die Unschuld zu beweisen und sie nach aller Folterung freizusprechen.

Der Kampf um Mossul

Eine Meldung aus Angora besagt, daß der türkische Ministerrat gestern den obligatorischen Schiedsspruch des Völkerbundes in der Mossulfrage ablehnte und den heute nach Genf abreisenden Außenminister dementsprechend instruierte.

(TU.) London, 28. November. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Herald" berichtet, daß die Möglichkeit eines Krieges mit der Türkei durch die britische Regierung bereits ernsthaft in Erwägung gezogen sei. Ein Krieg mit der Türkei um den Besitz der Oelfelder wird in London durchaus für möglich gehalten. Diese Frage sei bei dem Besuche von de Jouvenel in London mit Chamberlain und Amery erörtert worden; denn die französische Mitarbeit würde im Falle eines Krieges von größter Bedeutung sein.

Wir werden in der kommenden Nummer der „KAZ." noch einmal auf die wirtschaftspolitische Frage um Mossul eingehen. Die Red.

Mussolini läßt die Matteottimörder frei.

Der Untersuchungsrichter hat im Prozeß Matteotti einen Entscheid gefällt, demzufolge Dumini, Volpi, Viola, Poveromo und Malacria als Täter oder Helfershelfer bei der Ermordung des sozialistischen Abgeordneten Matteotti von dem Schwurgericht in Rom abgeurteilt werden sollen. Gegen alle anderen Angeklagten wird das Verfahren eingestellt. Sie sind im Laufe des Dienstag Abend in Freiheit gesetzt worden, darunter auch der frühere Pressechef Cesare Rossi, der frühere Geschäftsführer der Faschistischen Partei Giovanni Marinelli, der Journalist Filipelli und der österreichische Staatsangehörige Thierschald. Der Journalist Naldi, gegen den das Verfahren ebenfalls eingestellt ist, befindet sich bereits seit längerer Zeit in Freiheit.

Mitteilungen

Achtung! Arbeitslose Unionsgenossen Groß-Berlins!

Die **nächste Versammlung der erwerbslosen AAU.-Mitglieder** findet am **Mittwoch, dem 9. Dezember 1925, nachmittags 2 Uhr**, im Lokal Perschke, Berlin-Zentrum, Georgenkirchstraße 14, statt. Erscheinen ist Pflicht!

Bekanntmachung.

Sämtliche antiparlamentarische Genossen der Siemens-Schuckert-Werke, Charlottenburg, treffen sich am 7. 12. 5 Uhr im Berliner Kindl, Ecke Maschstraße u. Charlottenburger Ufer.

Pressefonds.

Aus den Berliner Unterbezirken. Liste 3946, 1. Unterbez. 5; Liste 3948, 2. Unterbezirk 21; AAU. 2. Unterbezirk 15; 3. Unterbezirk 5; Liste 3934 5. Unterbezirk 19; Liste 3935, 6. Unterbez. 17,50; 14. Unterbezirk, 16; Liste 3940, 16. Unterbezirk 16; Gen. Mü., 14. Unterbezirk, 100 Mark.

7. Unterbezirk. (Charlottenburg.) Am Freitag, den 11. Dezember, findet in der Mitgliederversammlung bei Jacob, Galvanistraße, 7½ Uhr, ein Vortrag statt über: **Die Geschichte im Spiegel des historischen Materialismus.** Es ist dies der Anfang einer Vortragsreihe der nächsten Mitgliederversammlungen. Vollzähliges und pünktliches Erscheinen ist Pflicht.

14. Unterbezirk (Neukölln). Freitag, den 11. d. M., abends ½8 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei Moldenhauer, Nogatstraße 50. Tagesordnung: Die Entwickelung der Religion und des Gottesglaubens. — Sympathisierende sind herzlichst eingeladen.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Otto Scherneil-Berlin. Gedruckt in der Buchdruckerei Willy Iksdanot, Berlin O 17, Langestr. 78.

6. Jahrg. Nr. 97

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 0,15 Mk.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei und im Straßenhandel. — Inserate werden nicht aufgenommen.

Dezember 1925

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 490 29 (Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 49)

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post: Halbmonatlich die im Kopf der Zeitung angegebenen Preise. Zahlung bis 5. beziehungsweise 20. jeden Monats.

Warum Wilhelms Aufwertung?

Den Hohenzollern Millionen — den Proleten Hungerpfennige

Die volle Aufwertung der deutschen Fürsten zeigt dem deutschen Proletariat vollauf, in welcher Verfassung es lebt, welche Verfassung ihm nach der November-Revolution von der Sozialdemokratie aufoktroiert wurde und welchen Wert überhaupt diese Revolution für die Arbeiterklasse hat. Mancher Proletarier kommt heute nicht über die einfachste Frage hinweg, wie es nach der Revolution von 1918, nach der Verwirklichung der Republik möglich sein kann, daß man den Fürsten so mir nichts, dir nichts, das 1918 abgenommene Eigentum zurückerstattet. Sie begreifen eben nicht, daß sich zwischen heute und damals soviel wie nichts an der bürgerlichen Gesellschaftsordnung geändert hat.

Schon dem 1918 geschaffenen Monstrum, der deutschen Republik, war das Siegel dieser bürgerlichen Rechtsordnung wieder auf die Stirn gedrückt, und darin tritt heute der große Unterschied zwischen einer bürgerlichen und einer proletarischen Revolution zutage. Die bürgerliche Revolution endet bestenfalls mit einer Verschiebung der Mächtegruppen innerhalb der Bourgeoisie und im Aeußeren mit einer Veränderung der politischen Gesichtszüge des Staates, die sich den unterdrückten Volks- oder Proletariermassen zuwenden, um eine bessere Regierungsgewalt zu ermöglichen.

Die proletarische Revolution jedoch hat das entschiedene Prinzip, die bestehenden Klassen- und Rechtsverhältnisse, die Bedingungen des Privateigentums, zu stürzen und an deren Stelle kommunistische Eigentums- oder Produktions- und Gesellschaftsverhältnisse zu setzen. Nicht einmal die allerersten Voraussetzungen dafür hat die Revolution von 1918, unter der Fahne der SPD. erfüllt. Wir leben nach wie vor in der Gesellschaftsordnung des kapitalistischen Privateigentums und des bürgerlichen Rechts, das von den alten Vertretern der Klassenjustiz gehütet wird. **Nach den bürgerlichen Rechtsgesetzen ist das Privateigentum als heiligstes geschützt.** Und die Pflicht, die die republikanische Verfassung als erstes von der bürgerlichen, kapitalistischen Gesellschaft übernahm, war die, daß sie der Bourgeoisie das Eigentum sicherte.

Der Artikel 153 der Deutschen Reichsverfassung lautet:

„Das Eigentum wird von der Verfassung gewährleistet. Sein Inhalt und seine Schranken ergeben sich aus den Gesetzen. (Bürgerl. Gesetzbuch. Die Red.)

Eine Enteignung kann nur zum Wohle der Allgemeinheit und auf gesetzlicher Grundlage vorgenommen werden. Sie erfolgt gegen angemessene Entschädigung, soweit nicht ein Reichsgesetz etwas anderes bestimmt. Wegen der Höhe der Entschädigung ist im Streitfalle der Rechtsweg bei den ordentlichen Gerichten offen zu halten usw."

So sieht das bürgerliche Recht aus, das Wilhelm und alle anderen deutschen Fürsten in Anspruch nehmen, ohne sich dessen zu schämen, daß ihnen mit Hilfe der Sozialdemokraten darin die Wege offen gehalten wurden.

Eine geradezu gemeine Demagogie ist es aber, wenn sich die KPD. vor dem deutschen Proletariat mit einem „gewissen parlamentarischen Recht" brüstet, wenn sie an die SPD. herantritt und die Parole eines Volksentscheids zur bedingungslosen Enteignung der Fürsten in die Welt posaunt. Sie selbst gehört zu jenen bürgerlichen Parteien, die den Parlamentarismus um Hilfe anrufen, die sich auf den Boden der Verfassung stellen und den Artikel 153 voll anerkennen müssen. Eine Illusion ist es, mit der bedingungslosen Enteignung der Fürsten vor den bürgerlichen Parteien und den Parlamenten Gnade und Recht zu suchen. Dasselbe wäre es, die bedingungslose Enteignung der gesamten Kapitalistenklasse zu fordern, denn beide Teile der Bourgeoisie nehmen das gleiche Recht in Anspruch, ihr Eigentum zu behaupten und letzten Endes ist das des Kapitals viel jüngeren Ursprungs als das des feudalen Adels, das der Fürsten. In beiden Fällen ist es aus den Knochen der unterdrückten Klassen herausgepreßt. Das Wie, spielt dabei gar keine Rolle. Der Kampf der Arbeiterklasse richtet sich gegen das eine wie gegen das andere. Ohne Kampf wird sich keine Klassenschicht der Bourgeoisie im Interesse des Proletariats enteignen lassen. Das Recht des Proletariats wird darum nie im Parlament entschieden.

Selbstbetrug ist es, von der SPD. zu erwarten, daß sie sich für die bedingungslose Enteignung der Bourgeoisie, d. h. für den revolutionären Klassenkampf des Proletariats zum Sturz der bestehenden Rechtsverhältnisse einsetzt. Denn sie ist eine rein bürgerliche Partei, die diese Verhältnisse zu Recht anerkennt. Sie hat sich darum auch nicht auf die scheinrevolutionären Parolen der KPD. eingelassen, sondern ein wenig von Recht gesprochen und in den Ueberlieferungen der Fürstlichen Eigentumsaufzeichnungen nach einem falschen Recht der fürstlichen Eigentümer gesucht. Das einzige was war, ihr ist bei dieser Aufwertung ein Zittern durch die Glieder gegangen, als sie daran dachte, daß ihre Sessel nun recht wackelig ständen, wenn eventl. das Recht auf den Tron aufgewertet würde. Sie hat sich geirrt, denn die deutsche Großbourgeoisie ist im Laufe der Zeit auch ein wenig modern geworden, indem sie den Wert des Parlamentarismus während dieser kritischen Zeit gegenüber der selbstherrlichen Monarchie als entschieden wertvoller betrachtet.

An den Aufwertungen der Fürsten sieht das deutsche Proletariat, daß die Revolution von 1918 eine verlorene für die Arbeiterklasse war. Trotz alledem ist aber eins als Gewinn zurückgeblieben, nämlich die Erfahrungen, die zu einem neuen Umsturz notwendig sind. Und dazu gehört, daß man die Herrschaft des Kapitals in ihren Grundzügen zerstören muß, um zu siegen und etwas neues aufzubauen.

Das Recht in der jeweiligen Gesellschaftsordnung ist der Ausfluß der jeweiligen Klassenherrschaft; und diese wird gestützt durch die Eigentumsbedingungen, d. h. die wirtschaftspolitische Macht. Wilhelm bekommt sein „Eigentum" zurück, weil die Bourgeoisie wirtschaftspolitisch die Macht und auf Grund der bürgerlichen Gesetze Recht im Staate besitzt. **Das Proletariat kann nur herrschen, wenn es durch seine revolutionäre Diktatur das gesamte kapitalistische Eigentum enteignet und anstelle der kapitalistischen Klassenordnung die klassenlose kommunistische Gesellschaft errichtet.**

Die Arbeitslosen Wiens.

Nicht nur Berlin weist in der ersten Dezemberwoche 100 000 Arbeitslose auf. Oesterreich befindet sich in einer ebenso großen Krise, so daß auch in Wien die Zahl der unterstützten Erwerbslosen bei einer Steigerung um 8000 in der letzten Hälfte des November die Zahl von 75 000 erreicht hat. Diese Zahl wird fast täglich erheblich vergrößert, denn Aussichten auf ein Ende der Wirtschaftskrise sind in Deutschland so wenig wie in Oesterreich vorhanden.

Etwas über die Belastung des Kapitals.

Die KPD. phantasiert den Arbeitern immer so schöne Pläne von der Mehrbelastung des Kapitals vor, ohne dabei die nackten Tatsachen in Erwägung zu ziehen, daß das ein vollkommener Unsinn ist. Im Gegenteil, das Kapital versucht mit allen Mitteln die Belastung des Vermögens abzuschieben, so daß die SPD. bei einer Eröffnung solcher Dinge ganz sprachlos dasteht. Ganz abgesehen davon, daß die Belastung des Kapitals stets nur vom Proletariat getragen wird und sich der Unternehmer auf diesem Wege keinen Pfennig von seinem Profit abknappen läßt. Der Geschäftsführer des Reichsverbandes der deutschen Industrie sprach sich auf einer Frankfurter Tagung für die völlige Beseitigung der Vermögenssteuer aus. Wie sieht diese Besteuerung heute aus? Von dem im Reichshaushalt für das Jahr 1925 veranschlagten 500 Millionen sind bis zum 31. Oktober nur 68 Millionen eingegangen und der Staat hat nicht einmal die Möglichkeit und den Mut, den Rest einzuziehen. Vielleicht wird man der KPD., wenn sie in der Regierung sitzt, anheimstellen, Vorschläge dazu zu machen. Im Kapitalismus herrscht und bestimmt eben nur das Kapital und nicht das Parlament.

Die „Rationalisierung" der Betriebe

Katastrophale Auswirkungen für die Arbeiterklasse.

Noch ehe die letzten Unterschriften unter den Locarno-Pakt in London von den westeuropäischen Mächten und Deutschland vollzogen wurden, waren in der gesamten bürgerlichen und Arbeiterpresse spaltenlange Abhandlungen über die panikartig hereingebrochene Katastrophe in der deutschen Wirtschaft erschienen. Die Unterzeichnung des Locarno-Pakts am 1. Dezember hat nichts daran geändert. Mit voller Wucht wirkt sich dieser Zusammenbruch der kapitalistischen Inflationskonzerne durch Pleiten, Betriebsstillegungen und Massenarbeitslosigkeit für die Arbeiterklasse aus und verschärft das Massenelend in der Niedergangsperiode des Kapitalismus zusehends von Tag zu Tag. Die plötzliche Verfinsterung des wirtschaftlichen Himmels läßt sobald keine Aufhellung erhoffen: **Ueber 1 Million Arbeitslose in Deutschland mit etwa 3 Millionen Angehörigen** bedeutet einen Niedergang der Kaufkraft, Erschwerung und Abnahme des Absatzes und dadurch weitere Verschärfung der Krise infolge größerer Verengung des für Deutschlands Kapitalisten nach dem Weltkriege sowieso schon stark beschnittenen Absatzgebietes.

Hinzu kommt die Weltkohlenkrise, die zu fieberhaften Stillegungen besonders im Ruhrgebiet geführt hat. Nach einer bis Mitte November reichenden Statistik sind rund 50 Zechenbetriebe an der Ruhr stillgelegt worden, die Arbeiterzahl ist von 562 000 im Jahre 1922 auf unter 400 000 gesunken und die Arbeitslosen sind dem fürchterlichsten Elend preisgegeben. Aehnliche Auswirkungen von Massenentlassungen von Arbeitern und Angestellten sind in der deutschen Eisenindustrie infolge der immer stärkeren Vorherrschaft Frankreichs auf dem Weltmarkt mit seiner durch die Inflation rasend verbilligten Produktion von Roh-Eisen und Halbzeug bemerkbar. Diese Vormachtstellung Frankreichs wirkt sich für die Eisenerzeugung Deutschlands so aus, daß die deutschen Werke nicht nur große Vorräte besitzen, sondern darüber hinaus noch eine starke Einschränkung der Erzeugung vornehmen müssen, so daß von 211 vorhandenen Hochöfen im **Oktober d. Js. nur noch 93 im Feuer waren.** Außerdem hat der Uebergang Englands zum Schutzzollsystem trotz des deutsch-englischen Handelsvertrages der deutschen Kleineisenindustrie, die im Solinger Gebiet sitzt, den englischen Markt völlig versperrt. Der deutschen Automobilindustrie sitzt die amerikanische Konkurrenz (Ford) im Nacken, und diese beginnt, durch Gewährung langfristiger Kredite immer mehr den deutschen Markt an sich zu reißen. Das, was an Auslandskrediten nach Deutschland kommt, „fließt infolge des Dawes-Abkommens an Reparationsgeldern wieder heraus. Und letzten Endes hat die deutsche Wirtschaftspolitik mit ihrem Schutzzollsystem wohl den deutschen Argrariern ein Geschenk von 20—25 Milliarden gemacht, damit aber nur die alten Gleise der Vorkriegswirtschaft wieder betreten. So wirken sich die Widersprüche des kapitalistischen Wirtschaftssystems in Deutschland in der Niedergangsperiode des Kapitalismus am krassesten und furchtbarsten aus.

Das in Monopole (Kartelle, Trusts, Syndikate) zusammengeschlossene deutsche Großkapital versucht, sich aus dieser Lage zu befreien, nachdem es im Hafen der „Stabilisierung" nicht die erhoffte Ruhe finden konnte, durch einen verstärkten Angriff auf die Arbeiterklasse, deren weitere wirtschaftliche und politische Hinabdrückung, kurz **durch den umgekehrten Klassenkampf**, den Klassenkampf von oben mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln, auch der Staatsgewalt. Als die Sklavenvögte des englisch-amerikanischen Kapitals sind die deutschen Unternehmer gezwungen, nicht nur deren Profite (Zinsen für die Kredite) sondern auch ihre eigenen rücksichtslos heraus der Arbeiterklasse Deutschlands auszupressen, und die Produktionsunkosten auf Kosten der Arbeiterklasse herabzudrücken.

Diesen Zweck verfolgt die als **„Rationalisierung" der Betriebe** (wirtschaftlich-technische Umstellung) ange-